

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, and die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 92A.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Pechzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 246.

Donnerstag, den 19. Oktober 1916.

23. Jahrg.

Die Sprache der Tatsachen.

Aus vielen Gründen konnte die Welt von dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg einen völligen Wandel des Kriegsverlaufes erwarten. Ebenso viele Gründe sprachen dafür, daß der große Generalsturm auf allen Fronten zugleich, den noch Kitchener organisiert hatte, einen jähen Umschlag des Schlachtenglücks bewirken müsse. Diese zwei großen Tatsachen erzeugten mit scheinbarem Rechte hier die hingehörigsten Hoffnungen, dort die schlimmsten Befürchtungen und setzten jene Beurteiler einstweilen ins Unrecht, die den endlichen Frieden von dem Stehen der Fronten, von der Erstarrung der Kriegsführung und nicht von niederstürmenden Siegen erwartet haben. Ein ansehnlicher Staat mit seiner unverbrauchten Wehrmacht mehr — dieses Uebergewicht mußte die eine Waagschale tief zum Sinken bringen! Die Entente ist seit jeher von diesem Glauben besessen, ja sie heizt geradezu den Ofen ihres Kriegswillens mit immer neuen Wölfen. Dieses durchsichtige Bestreben, Kleinwölfer in den Strudel hineinzureißen und für den eigenen Sieg hinzupferen, gehört zu den aufreizendsten Methoden der englisch-französischen Bourgeoisie in diesem Kriege, nicht nur weil es Wölfer und Staaten der Kriegsverheerung preisgibt, sondern vor allem, weil es nur keinem Mittel des Betruges und der Erpressung zurücksteht. Es wird jetzt schon deutlich, daß Rumänien betrogen worden ist, wie Griechenland handgreiflich vergewaltigt wird. Man empfindet es beinahe schon als Berührung, daß die Wölfer bald alle sind, die sich dieser Methode noch als Opfer bieten können, man kann hoffen, daß der Glutofen dieser Kriegshoffnung bald aus Mangel an Hitzstoff erkalten muß!

Die Erfahrung, die die Entente und wir an Italien gemacht haben, hat indessen schon den relativ geringen Wert dieser Bundesgenossenschaften dargetan. Wäre der Krieg bloß ein ziffernmäßiges Rechenexempel, dann hätte schon der Beitritt Italiens entscheiden müssen. Und das war immerhin noch eine Großmacht mit einem Millionenheer! Aber der Krieg ist ein gar vielseitiges, durchaus nicht rein arithmetisches Problem. Läßt die Wehrfrage schon vor dem Kriege sehr unter dem, was Anton Menger den Ziffernwahn des Militarismus nannte, so hat der Ziffernwahn im Kriege die Entente immer bitter betrogen. Der Krieg ist auch ein Problem des Raumes und der Raumgestaltung. Die unzählbaren Heermassen des Xerxes sind an dem Engpaß der Thermopylen gegen ein kleines Häuflein Spartaner vergebens eingesetzt worden. Und so müht sich die zahlenmäßige Uebermacht der Italiener nun schon achtmal an der schmalen Front zwischen den Julisch-Karnischen Alpen und der Adria vergebens ab — ein anderer Boden ist für eine offene Feldschlacht, für eine Entscheidungsschlacht nicht gegeben. Diese Raumgestaltung ist ein sichtbar, ein felsenharter Grund für die Gestaltung der Staatsgrenzen. Und in dem ist natürlich auch in militärischen Dingen nichts, auch diese Schwelle ist in der Geschichte öfter überschritten worden, selten vom Süden gegen den Norden, öfter in umgekehrter Richtung, jedesmal aber nur unter außerordentlichen Anstrengungen. Wie die Erfahrung auch diesmal gezeigt hat, wiegt hier das Terrain allein so viel als die Wehrmacht eines Mittelstaates und strafft den Uberglauben an die Zahl Lügen.

Nicht viel anders steht es um den Kriegsschauplatz auf dem Balkan. Die militärischen Aufgaben, die einem Vormarsch von Griechenland bis an die Donau gestellt sind, löst kein bloßes Zahlenverhältnis, am wenigsten der geringe Zuwachs, den eine Armee Griechenlands überhaupt bringen kann. Die Türkei war allezeit und insbesondere in ihrer Glanzzeit eine fürchterliche Militärmacht, der Türkei immer ein außergewöhnlicher Soldat. Nichtsdestoweniger hat das Osmanenreich höchst mäßig Landbesitz um Landbesitz bezwungen. Es hatte längst Adria und Bosporus in festem Besitz und konnte Konstantinopel erst fast ein Jahrhundert später erobern. Es herrschte noch seit in drei Weltteilen und doch vermochte sich das kleine, arme Serbien in einem Aufstand loszureißen, konnte nur mit vielfacher Uebermacht wieder gewonnen werden und ging doch kurz darauf wieder verloren. Das winzige Montenegro aber hat Ströme osmanischer Blutes getrunken und wurde doch niemals ganz unterworfen. Dieser Kriegsschauplatz mit seinem wirren Wechsel von Berg und Tal, mit seiner wunderlichen Verwerfung der Bergketten gewährt zugleich der Geschicklichkeit, der Ausdauer und dem Genie der Führung den idealsten Raum. Wer das Herz des Balkans, den Schar Daag und das Amjelsfeld, wer das Innere des Balkans beherrscht, ist auch durch eine vielfache Uebermacht nicht leicht zu besiegen. Das lehrt schon die Geschichte — die Erfahrung dieses Krieges, an der Somme, an den Karpaten und am Tjongo, die Ueberlegenheit der Defensiven in diesem Kriege überhaupt lassen den Schluß zu, daß sich die Absichten der Entente auf dem Balkan nur mit so gewaltigen Heermassen erfüllen lassen, daß der Hinzutritt Griechenlands, auch wenn sein Heer nicht desorganisiert wäre, im Verhältnis zur Größe der Aufgabe beinahe bedeutungslos zu nennen ist.

Aber selbst davon abgesehen. Rumäniens Teilnahme an dem Kriege konnte schrecken. Nicht wegen der Zahl der Bewaffneten. Es hat ja der Entente bisher an Menschen-

material nicht gefehlt. Der Krieg ist nicht bloß ein Problem der Zahl und des Raumes sondern auch der Kriegsmittel. Der Feind im Osten ist in den Kriegsmitteln beschränkt und der neue Bundesgenosse wird ihm darum eher zur Verlegenheit. Vermutlich werden die Heerführer des Jaren bald dahinter kommen, daß es besser wäre, das noch verfügbare Gewehr trüge eine kräftiger russischer Muschik als ein von den Bojaren ausgehungertes Rumäne! Die Verlängerung der Front im Osten muß an sich, wenn die Zufuhr an Kriegsbedarf sich nicht gründlich ändert, den Russen eher zum Nachteil als zum Nutzen gereichen — wegen der Munitionsbeschaffung! Gefährlich wurde Rumänien nur als Raum, als Straß! Der erfolgreichste Durchbruch hätte keine so tiefklaffende Lücke reißen können als die rumänische Grenze, die da mit einemmal offenstand! Diese Grenze ist freilich von Natur aus gut bewehrt, im Süden durch die Donau — Flußläufe sind heute weit stärkere Hindernisse als Gebirge —, im Norden durch die Karpaten. Nachdem der Einbruch der Rumänen in Siebenbürgen zurückgeschlagen und ihr Donauübergang gescheitert ist, hat die qualende Ungewißheit nachgelassen. Stehen aber die Truppen der Mittelmächte wieder auf dem Südostrand Siebenbürgens, so sehen sie die Donau knapp hundert Kilometer vor sich und das Problem des Raumes schlägt zu ihren Gunsten um. Es besteht nur geringe Wahrscheinlichkeit für irgend welche ausschlaggebende Erfolge der Entente im Osten und Südosten, selbst wenn Griechenlands Heer zur Teilnahme an Kriege gebracht würde.

Die Schlacht an der Somme andererseits hat die Erwartung der Entente, durch die erdrückende Anhäufung von Kriegsmitteln den Erfolg zu erzwingen, schon heute schwer enttäuscht. Sie hat übersehen, daß Deutschlands industrielle

Leistungsfähigkeit, ganz auf ein Ziel eingesezt, nicht beärglich zurückbleibt hinter den vereinigten Bemühungen Englands und Amerikas, deren Volkswirtschaft aus verschiedenen Gründen niemals so ganz auf das eine Ziel allein gestellt werden kann. Diese furchtbarste aller Schlachten der Weltgeschichte, entseztlich schon durch ihre Wucht und am entseztlichsten wohl durch ihre Dauer, hat geoffenbart, daß am Ende auch Raum und Zahl und Kriegsmittel noch nicht alles sind, daß in letzter Linie doch der Mensch mit seiner körperlichen und intellektuellen Energie den Kampf besteht.

So haben die letzten Wochen das bestätigt, was viele Freunde einer endlichen friedlichen Auseinandersetzung der Völker schon in früheren Kriegssphasen behauptet haben; für die Niederwerfungsziele, die noch immer in England und Frankreich verkündet werden, sind die Aussichten auf Verwirklichung zusammengeschmolzen. Wohl kann Raum gewonnen und verloren werden, Landstriche mit hundert und mehr Geviertmeilen können den Besizer wechseln, aber der noch erdenkbare Gewinn kann nur mit ungeheuren, ganz unverhältnismäßigen Opfern erkauft werden. Für das künftige Machtverhältnis der Staatengruppen, die sich gegenüberstehen, tragen solche Landstriche wahrhaftig nichts mehr aus. Wenn einmal mit dem Einschlag der erwachsenen Mannschaft ganzen Provinzen ein, zwei Dörfer erkauft werden, verliert die Kriegsführung auch rein militärisch ihren Sinn. Das Wort des deutschen Reichskanzlers, das für das zwecklose weitere Blutvergießen die Verantwortung ablehnt und das vor wenigen Monaten in West und Ost empört zurückgewiesen wurde, wird sich allmählich in das verschlossene Gewissen der Staatsmänner einschleichen, die den Krieg heute noch nähren. Man muß das annehmen, man muß es hoffen — die Tatsachen des Krieges selbst sprechen eine zu deutliche Sprache.

Von den Kriegsschauplätzen.

Eine Teuerungsbekämpfung gab es am Dienstag im englischen Unterhaus, in deren Verlauf der Handelsminister Runciman das beachtenswerte Zugeständnis machte, daß England an einem Mangel an Schiffen wirklich leide. Hauptankläger gegen die Regierung in der Frage der Teuerung war der Arbeiterpartei-Mitglied Barnes, der meinte, die Regierung sei im allgemeinen so zögernd aufgetreten, daß die Interessenten imstande gewesen seien, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen, und daß die Vorteile, die das Publikum von den Maßnahmen der Regierung hätte haben können, auf diese Weise wettgemacht worden seien. Der Redner sagte: Nichts verbittert die Menschen so sehr, wie die steigenden Gewinne, die auf Kosten der Armen gemacht wurden. Barnes verlangte Festsetzung der Brotpreise und eine entsprechende Milchzufuhr gegen einen vernünftigen Preis. Eine Vereinigung von Farmern im Westen Englands habe ihren Mitglieberempfohlen, die Milch lieber an Schweine zu verfüttern, als sie auf den Markt zu bringen. Die Farmer in Ostengland schütteten jeden Tag 30 Gallonen Milch weg. Er verlangte die Einführung von Strafen für derartige Fälle und die Ernennung eines Lebensmittelministers. Handelsminister Runciman behandelte in seiner Antwort hauptsächlich drei mit einander in Verbindung stehende Fragen, nämlich die Kontrolle über die Vorräte, die Preissteigerung und die Benutzung der Handelsflotte für Kriegszwecke. Die eigentliche Ursache für die Preissteigerung sei, daß das Verbrauchervermögen des Volkes zunehme, während die Produktionsquellen weniger ergebig würden. Er will von der Ernennung eines Lebensmittelministers nichts wissen. Das Gros der Kaufkraftflotte stehe unter der Kontrolle der Regierung und nur eine kleine Zahl von Schiffen beschäftige sich noch mit der freien Frachtfahrt und von diesen verfrachteten nur ungefähr sechzig Lebensmittel. Wenn das allgemein bekannt wäre, würde die Erbitterung nicht mehr so groß sein können. Zum Beweise dafür, wie wenig Einfluß die Frachten auf den Preis der Lebensmittel haben, sagte Runciman, daß bei Fleisch, das um 4 bis 5 Pence im Preis gestiegen sei, nur 1/2 Penny Preiserhöhung auf Rechnung der höheren Frachten zu sehen sei. Dasjenige, worunter England wirklich leide, sei Mangel an Schiffen. Es würde alles getan, um so rasch wie möglich Schiffe in Dienst zu stellen; aber man solle sich daran erinnern, daß England durch den Feind und durch die Gefahren der See seit Beginn des Krieges zwei Millionen Tonnen Schiffsraum verloren hat. Das sei mehr als die Gesamttonnage der französischen, spanischen oder italienischen Handelsflotte. Auf jeden Fall müsse England vermeiden, sich in die Lage einer blockierten Nation zu versetzen; deshalb wolle er nichts von Brotkorten, Fleischkorten oder anderen künstlichen Verjüngungen hören, die für diejenigen Menschen, die am wenigsten Geld zum Ankauf zur Verfügung haben, nur schädlich sein würden. Man müsse eine Rationierung des englischen Volkes bei der Lebensmittelversorgung vermeiden. — Wenn der Krieg noch länger andauern sollte — was hoffentlich nicht der Fall ist — dann wird auch England zur Rationierung schreiten müssen, ob es will oder nicht.

Im dänischen Folkething erklärten alle Redner den unbedingten Friedens- und Neutralitätswillen Dänemarks. Das mag zur Beruhigung allzu ängstlicher Gemüter dienen.

Gegenüber der Haltung Norwegens gegen Deutschland mahnt die dänische konservative Presse zur Vorsicht. In einem gleichlautenden Artikel heißt es u. a.: Die Norweger gebrauchen heftige Worte. Man ist sogar soweit gegangen, zu fordern, die norwegische Regierung solle Deutschland mitteilen, wenn die Landederung nicht aufhöre, würde alle Ausfuhr nach Deutschland gesperrt werden. In Norwegen sowohl wie auch in anderen Ländern sollte man indessen bedenken, was die Folgen davon sein würden. Es ist nämlich Tatsache, daß ebenso wie Norwegen auch andere kleine Staaten in unendlich hohem Maße von den Zufuhren aus Deutschland abhängig sind. Wenn Norwegen den Schlüssel umdreht, tut Deutschland daselbe und setzt obendrein den Unterseefriede fort, vielleicht noch rücksichtsloser als bisher, und in dem Augenblick, wo Deutschland den Schlüssel umdreht, müßte eine große Anzahl norwegischer industrieller Unternehmungen sofort den Betrieb einstellen. Was würde damit erreicht? Deutschland hat ja bewiesen, daß man in einem großen Reiche Erzeugnisse schaffen kann für alles, was man ihm noch und nach entzieht. Für Norwegen ist daher nichts anderes zu tun, als so wenig großsprecherisch wie möglich aufzutreten. Das Blatt „Socialdemokraten“ sagt im Anschluß hieran: Diejen nächsten Worten können wir ganz zustimmen. „Tidens Tegn“ versichert, daß die Kriegsführenden Mächte immer mehr Einfluß in Skandinavien gewinnen und der Entente-Ring um Deutschland sich auch gegen Norden schließen will. Unter diesen Umständen ist eine vorsichtige, kluge und stabile Politik in Dänemark jetzt von größerer Bedeutung denn je. Sehr richtig!

Die griechische Tragödie ist noch immer nicht zu Ende. In Athen ist es zu Zusammenstößen zwischen Griechen und Entente-Soldaten gekommen. Nach einer zweifellos sehr gefürchten Meldung der „Daily Mail“ aus Athen soll das Schicksal des Königs und der Regierung an einem Faden hängen und der König sich bereits mit der Absicht getragen haben, mit seiner Familie nach Paris, einer Stadt im Norden des Landes, überzusiedeln und sich dort zu verteidigen. Die Minister sollen ihn aber schließlich von diesem Schritt abgebracht haben. Uns klingt diese Meldung sehr unwahrscheinlich, weshalb wir sie auch nur mit Vorbehalt kurz erwähnt haben.

Die Kriegslage.

Wien, 18. Oktober. (Amtlich.)

Deftlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generals der Kavallerie
Erzherzog Carl.

An der ungarisch-rumänischen Grenze trat auch gestern keine wesentliche Änderung ein.

Südlich von Kiselbaba wehrten unsere Truppen mehrere russische Angriffe ab.

An der Wytchka Solotwinka Vorkampfskämpfe.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nordöstlich von Wolzowca an der Marajowka bemächtigen sich bayrische Truppen eines starken russischen Stützpunktes, wobei sie dem Feinde 2 Offiziere, 350 Mann und 12 Maschinengewehre abnahmen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern Abend griffen beträchtliche Kräfte des Feindes unsere Stellungen am Monte Teso-Novic-Rücken und nördlich des Sabulio-Gipfels an.

An einzelnen Stellen der Kleins-Tal- und Dolomiten-Front sowie auf der Karst-Hochfläche war die Artillerietätigkeit zeitweise recht lebhaft.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In Albanien nichts neues.

Gegen Frankreich und Belgien.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 17. Oktober nachmittags: Nördlich der Somme eroberten die Franzosen im Dorfe Saillay-Saillisel eine neue Häusergruppe.

Flugdienst: Französische Flugzeuge führten zahlreiche Flüge aus. Sie fegerten in der Somme-Gegend 65 Kämpfe, in deren Verlauf zwei deutsche Flugzeuge abgeschossen und drei andere steil in den deutschen Linien niedergingen.

Französischer Bericht vom 17. Oktober abends: An der gesamten Somme-Front beiderseits Bombardement, das zeitweise große Heftigkeit annahm.

Luftkrieg: Deutsche Flugzeuge warfen ohne militärisches Ergebnis einige Bomben auf Amiens.

Englischer Bericht vom 17. Oktober: Wir drängen westlich von Serre in die feindlichen Gräben. Wir beschoßen die feindlichen Stellungen in der Nähe von Reunille-St. Waast und Walschaete (nordöstlich von Ypern).

Belgischer Bericht: Im Laufe der Nacht Tätigkeit der belgischen Patrouillen an der gesamten Front. In der Gegend von Kosterboel und des Jährmannshausen wurden im Verlaufe von Streifen in deutsche Gräben etwa 20 Gefangene eingebracht.

Englischer Bericht vom 17. Oktober: Wir drängen westlich von Serre in die feindlichen Gräben.

Gegen Rußland.

Russischer Bericht

von 17. Oktober. Westfront: In der Nacht zum 16. Oktober fand an der Gegend des Nendaw-Stützpunktes eine gelungene Streife unserer Aufklärer statt, die einen feindlichen Hinterhalt angriffen und den Feind zwangen, die Flucht zu ergreifen.

Die russischen Kriegsstellen.

Nach dem „Economist“ betragen die russischen Kriegskosten 33 Millionen Rubel pro Tag.

Reparaturen der russischen Flotte.

Das Stockholmer Blatt „Allshanda“ bringt interessante Angaben über die mit größtem Eifer betriebenen Reparaturen der russischen Flotte.

Sechsendes Gemäch legt man kürzlich dem U-Boot-Krieg in der Dniep bei. Hierfür habe England 40 U-Boote zur Verfügung.

Die russische Flotte weiß gegenwärtig 51 Admirale, 429 Kapitäne, ungefähr 1700 korvette Offiziere (einschließlich 276 Marine) und rund 30000 Mann auf.

Gegen Italien.

Italienischer Heeresbericht

von 18. Oktober. Nachdem unsere Truppen auf dem Gebiete des letzten Übergangs des Feindes in der Gegend südlich von Cosmozza und Ponte gesprochen hatten, gingen sie gestern die Linie nördlich des Capriels an.

würde von unseren Truppen nach einem kräftigen Sturm genommen; wir machten 72 Gefangene und erbeuteten Waffen und Munition.

Der Balkanrieg.

Bulgarianischer Generalstabsbericht.

Bericht des Generalstabes vom 18. Oktober: Mazedonische Front: Westlich des Prespa-Sees und im Cerna-Bogen lebhafteste Artillerietätigkeit.

Rumänischer Heeresbericht.

Nord- und Nordwestfront: Westlich von Ughes wurden feindliche Angriffe abgeschlagen. Der Kampf dauert an. Im Bicap-Tal wurden feindliche Angriffe gleichfalls abgeschlagen.

Griechenlands Tragödie.

Der „Secolo“ meldet: Montag Abend fanden in Athen Kundgebungen von griechischen Marinesoldaten und anderen Teilen der Bevölkerung statt.

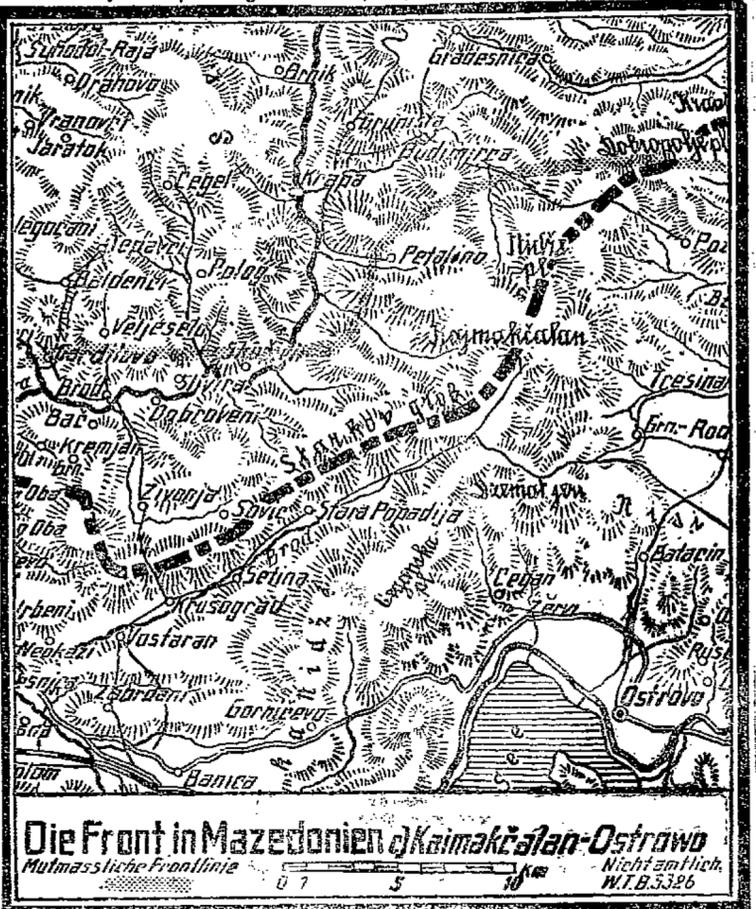
Die englischen Blätter geben Schilderungen über die Ereignisse am 16. Oktober in Athen. Danach besichtigte König Konstantin am 16. Oktober in Begleitung der königlichen Familie die Matrosen der Schiffe, die der Entente ausgeliefert werden mußten.

Die „Times“ meldet aus Athen: Die Matrosen der Alliierten, die unter dem Befehl französischer Offiziere stehen, wurden von griechischen Polizisten angegriffen.

lagerte sich in die Zappaleon-Gärten, in der Nähe des königlichen Palastes. Sie marschierte in aller Stille durch die Hauptstraße.

Um 3 Uhr nachmittags wurde im Ministerrat über die Lage beraten. Es wurden die Präsidenten der Gewerkschaften gerufen und ihnen geraten, sich aller Kundgebungen zu enthalten.

Die „Morning Post“ erfährt aus Athen, 17. Oktober: Ministerpräsident Lambros hatte eine lange Unterredung mit dem französischen Gesandten, in der dieser erklärte, daß die französischen Matrosen wegen der Rekrutierung am Sonntag und der



feindlichen Kundgebung am Montag gelandet worden seien. Es sei keine Besetzung der Stadt, sondern nur eine Verstärkung der Polizei.

Die Alliierten verlangten vom Verkehrsminister die Bestellung von 200 Eisenbahnwagen auf der Larissa-Eisenbahn für die Bedürfnisse der Alliierten in Mazedonien.

Der Seekrieg.

Versenkt.

Nach einer Floß-Meldung wurde der norwegische Dampfer „Kong Alf“ am 14. Oktober versenkt.

„U. 35.“

Nach einer Berliner Meldung hat „U. 35“ in 24 Jahren 126 Schiffe mit 270 000 Tonnen Gehalt versenkt, darunter die beiden kleinen Kreuzer „Rigel“ und „Primula“ und mehrere Hilfskreuzer.

Die Kämpfe im Orient.

Englische Schlappe am Suez.

Amtlicher türkischer Bericht vom 17. Oktober: An der Kaukasus-Front und auf dem rechten Flügel Scharmügel, die günstig für uns verliefen. Im Zentrum haben wir unsere Schützengräben weiter östlich vorgeschoben.

Der Reichshaushalts-Auswurf

führte am Mittwoch Abend die Verhandlungen über die Jenfurfrage zu Ende. Auf Antrag der Nationalliberalen wurde beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, den nationalliberalen Gesandten über die Jenfur derselben Kommission zu überweisen.

Grenzen recht weit liegen. — Staatssekretär Dr. Helfferich verteidigt die „Nordb. Allg. Ztg.“. Er kommt auf die Treibereien gegen seine Person zu sprechen. Eine Denkschrift des Marineamts werde in tendenziöser Weise und anonym gegen ihn ausgestellt. Es wird der Ansicht zu erwecken gesucht, als stelle er seine persönlichen Empfindungen und Interessen über die vaterländischen. Wer das tut, ist ein infamer Reel. Ich stehe nicht an, ihm so etwas ins Gesicht zu sagen. — Unterstaatssekretär Zimmermann: Geheime Denkschriften, in denen Kriegsziele erörtert wurden, sind ins Ausland gelangt und gegen uns ausgenutzt worden. Dadurch sind die verschiedenen Kriegsziele im Ausland bekannt geworden, und darum lassen wir ihre Erörterung in weitgehendstem Sinne zu, soweit der Burgfrieden nicht verletzt wird. Die Zensur gegen Graf Reventlow ist auf Veranlassung des Oberkommandos in den Marken verhängt worden. — Abg. Bruhns (Deutsche Fraktion) erklärt sich für den nationalliberalen Antrag. — Abg. Dr. Cohn (Soz. Arb.): Die Zensur ist immer gewalttätiger und schroffer geworden; sie sucht ihren Machtbereich immer mehr zu erweitern und sich eine allgemeine Staatsaufsicht anzueignen. Das zeigt besonders der Fall Dr. Nehmer, in dem das Reichsamt des Innern mit in Anspruch genommen wurde. Sogar Eingriffe in die Wissenschaft werden vorgenommen. So ist ein Bericht über einen Vortrag in der Juristischen Gesellschaft unterdrückt worden. Die Zensur beschäftigt sich auch mit den inneren Streitigkeiten der Parteien. In der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen sind Stellen aus dem Bericht der Budgetkommission gestrichen worden, in denen auf das Verbot des „Vorwärts“ Bezug genommen wird. Redner geht dann auf das Verbot des „Vorwärts“ ein und sucht nachzuweisen, daß das Oberkommando in den Marken das Verbot dazu benutzen will, eine ungewisse politische Richtung aus der Redaktion zu beseitigen. Das Wiedererscheinen des „Vorwärts“ sei nicht von sachlichen Momenten abhängig gemacht worden, sondern von einer anderen politischen Richtung. Weiter bespricht Redner die Zensurmaßnahmen in gemischtsprachlichen Gebieten, so u. a. Anordnungen gegen dänische Blätter, die im Inlande erscheinen. Auch bespricht er die Maßnahmen der Zensurstelle in Rönigsberg gegen die dortige „Volkszeitung“ und verlangt, daß zum mindesten die größten Auswüchse der Zensur beseitigt werden.

Ministerialdirektor Dr. Lewald erklärt, im Reichsamt des Innern sei von dem Fall Dr. Nehmer nichts bekannt. — Abg. Hirsch (Nat.): Durch die Handhabung der Zensur ist viel Mißtrauen gefaßt worden. Das ist speziell in der U-Bootfrage hervorgetreten. Zum mindesten müsse man in vertraulichen Verhandlungen aussprechen können, was man denkt. Die Einigkeit der Presse nach außen hat man durch die Zensur nicht schaffen können. Der Kernpunkt bleibt die Trennung der militärischen von der politischen Zensur und die Schaffung einer Oberinstanz für die politische Zensur, die über dem Generalkommando steht. — Abg. Seyda (Pol.) ist für Aufhebung der politischen Zensur und bespricht die Drangsalierungen der polnischen Presse. — Abg. Scheidemann (Soz.) rügte scharf, daß in der „Mühlhäuser Volkszeitung“ abermals an einer Reichstagsrede Haafs Streichungen vorgenommen worden sind. Reichstagsreden habe die Zensur unter allen Umständen passieren zu lassen. Ueber die „Vorwärts“-Frage im Anschluß an die Ausführungen Cohns noch einmal zu reden, erübrige sich an dieser Stelle. Der Redner führte einige besonders drastische Beispiele von Zensurvorhaben an. Ein Zensur habe u. a. verboten, daß ein Blatt der sozialdemokratischen Mehrheit gegen die Mitglieder der Minderheit polemisierte, da das den Burgfrieden störe. Auch Reden von Abgeordneten der Mehrheit seien so wie solche von Abgeordneten der Minderheit unterdrückt worden. Scheidemann polemisierte dann ausführlich gegen Köstler. Die ganze Art und Weise, wie von gewisser Seite Stimmung gemacht werde, sei eben die Folge des Belagerungszustandes. Der Redner bat um Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag, der die Aufhebung des Belagerungszustandes fordert.

Graf Westarp (Kons.) erbat Auskunft, ob Herr Valentin noch vom Auswärtigen Amt weiter als Hilfsarbeiter beschäftigt werde und er hob Einwendungen gegen offiziöse Notizen in der „Nordb. Allg. Ztg.“, die sich gegen das Treiben der Kanzlerfronde richteten. — Unterstaatssekretär Zimmermann teilte mit, daß Herr Valentin auf seinen Wunsch von weiterer Tätigkeit auf dem Auswärtigen Amt entbunden worden sei.

Abg. Freiherr v. Richthofen (Nat.) beantwortet einen nationalliberalen Antrag, den vorher eingebrachten Gesetzentwurf einer Partei, die Pressezensur betreffend, durch das Plenum an eine besondere Kommission verweisen zu lassen. — Abg. Dr. Köstler (Kons.) verwahrt wie Graf Westarp die konservative Partei dagegen, daß durch offiziöse Notizen, die allgemein gehalten sind, der Eindringlichkeit erweckt werde, daß die Verursacher gerügter Treibereien ihr nahestehen. — Staatssekretär Dr. Helfferich führte den Nachweis, wie notwendig offiziöse Proteste der „Nordb. Allg. Ztg.“ gewesen seien. — Oberst Hoffmann vom Kriegsministerium bedauerte die abfälligen Bemerkungen, die in der Versammlung gegen die kommandierenden Generale gemacht wurden. Er hat die scharfen persönlichen Ausdrücke im Plenum nicht zu wiederholen.

Es wurde dann auf Antrag der Nationalliberalen beschlossen, durch das Plenum den nationalliberalen Gesetzentwurf über die Zensur derselben Kommission zu überweisen, die den Gesetzentwurf über die Schutzhaft vorzubereiten hat.

Nächste Sitzung Donnerstag mit der Tagesordnung: Ernährungsfragen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 19. Oktober.

Die Versammlung der Bürgerchaft, die am Montag, dem 23. Oktober 1916, abends 6 Uhr, stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Verstärkung des Abschnittes XIX des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1916. 2. Wiederholter Antrag, betreffend Anstellung eines neuen Oberlehrers an der Oberrealschule zum Dom (zweite Lesung). 3. Erhöhung der Kostgeldsätze des Allgemeinen Krankenhauses. III. Dem Bürgerausschuß zur näheren Erwägung überwiesener und nicht in unverständlicher Fassung an den Senat gebrachter Antrag Stellung, betreffend dringend notwendige Kriegsmassnahmen in der Frage der Volksernährung.

Die Errichtung einer Kriegshilfskasse für bedürftige Ladeninhaber, Kleinhändler und sonstige selbständige Geschäftstreibenden beschäftigte den Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung, nachdem früher von ihm folgender Antrag seines Mitgliedes Köhn an eine Kommission verwiesen war: der Bürgerausschuß ersucht den Senat, die durch den Krieg geschädigten und bedürftigen Kleinhändler und Ladeninhaber, welche weder der Handelskammer noch der Gewerbekammer unterstehen, einer der bestehenden Kriegshilfskassen anzuschließen oder für diesen Zweck eine besondere Hilfskasse zu errichten. Die Kommission hat darauf folgenden Bericht erstattet:

Die Not der Zeit hat wie an anderen Orten so auch in Lübeck dazu geführt, besondere Kriegshilfskassen einzurichten, um den der Unterstützung bedürftigen Angehörigen des kaufmännischen und gewerblichen Standes ein Darlehen gewähren zu können. Für Lübeck kommen zwei Kriegshilfskassen in Betracht, die der Lübecker Kaufmannschaft und die des Lübecker Gewerbestandes. Erstere ist auf Grund ihrer Satzung nur berechtigt, die Unterstützung solchen Kleinhändlern zuzulassen, die die Kriegsteilnehmer sind. Wenn auch angenommen werden darf, daß der Begriff des Kleinhandels einer von weitherigen Gesichtspunkten getragenen Auffassung unterliegen wird, muß auf der andern Seite doch darauf hingewiesen werden, daß die Aufgabe der Kasse nur eine immerhin beschränkte Zahl von Fällen umfassen kann. Ihre Zwecke auch auf die zahlreichen nicht von der Satzung umgrenzten Möglichkeiten der Unterstützung auszuweiten, wird schon am bescheidenen nicht zu erreichen sein, weil dazu die Zustimmung aller Einzelmitglieder notwendig wäre. Weiter sagt die übrige Kommission, daß die Aufgabe, insofern nicht nur selbständige Ge-

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 19. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegshaupplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nördlich der Somme gestern wieder ein erfolgreicher Kampftag! In schwerem Ringen ist ein neuer Durchbruchversuch der Engländer zwischen Ves Car und Morval vereitelt worden. Mehrere Angriffe, die dort vom Morgengrauen bis zum Mittag gegen unsere jäh verteidigten, im Nahkampf gehaltenen oder durch Gegenstich wiedergewonnenen Stellungen gestirmt wurden, sind zum Teil schon in unserem starken, gut geleiteten Artilleriefeuer gescheitert. Unbedeutender Geländegewinn der Engländer nördlich von Caucourt l'Abbaye und Guendecourt, der Franzosen bei Sailly und auf dem Südufer der Somme bei Viaches und La Maisonnet. Ein Angriff in den Abendstunden wurde gleichfalls unter schweren blutigen Verlusten für den Gegner abgewiesen.

Ostlicher Kriegshaupplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich von Janowla wurden feindliche Gräben auf dem Westufer des Stohods genommen. Bei Bubnow Angriffe russischer Gardetruppen verlustreich für den Gegner abgewiesen.

Kriegshaupplatz in Siebenbürgen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

An den Pässen bei der rumänischen Grenze sind erfolgreiche Kämpfe im Gange.

Balkan-Kriegshaupplatz.

Bei der Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Prowden keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

An der Cerna haben sich neue Kämpfe entwickelt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

werbetreibende, soweit sie Kriegsteilnehmer sind, in Frage kommen, sondern auch solche, die überhaupt durch den Krieg geschädigt sind. Die Kommission braucht nicht unter Beweis zu stellen, daß in Lübeck noch zahlreiche Kleinhändler, Ladeninhaber und andere selbständige Geschäftstreibende vorhanden sind, die weder der Handelskammer noch der Gewerbekammer unterstehen und die deshalb, trotzdem auch sie durch die Länge des Krieges in Not geraten sind und darum der Unterstützung bedürftig, weder von der einen noch der anderen der genannten Kassen umfaßt werden. Sie auf den Weg der Selbsthilfe hinzuweisen, erscheint ausgeschlossen, weil ihnen bei der oft geringen Zahl der einzelnen Betriebe die Organisation fehlt. Hier helfend einzugreifen und nicht Existenzen untergehen zu lassen, denen oft schon bei ein wenig geringerer Unterstützung über die schwere Zeit hinweggeholfen werden könnte, erachtet die Kommission auch als eine der notwendigen Pflichten des Staates, schon in seinem eigenen Interesse. Denn ihm muß daran liegen, sich die Steuerkraft der Bevölkerung in einem Maße zu erhalten, daß er den an ihn nach dem Kriege herantretenden Aufgaben in weitestem Umfange gerecht zu werden vermag. Neben der staatlichen Hilfe wird, daran zweifelt die Kommission nach den ihr gewordenen Mitteilungen nicht, auch auf die Beteiligung mancher der in Betracht kommenden Organisationen zu rechnen sein. Sie erhofft auch nach dem Beispiel anderer Städte, daß unsere Banken nicht absichts stehen werden. Zweifel können nur über die Frage entstehen, ob der Anschluß an eine der bestehenden Kriegshilfskassen erfolgen soll oder eine für diesen Zweck besonders zu schaffende Hilfskasse zu errichten ist. Die Kommission kann weder den einen noch den anderen Weg empfehlen. Sie schlägt einstimmig vor, diese Organisation an die staatliche Kriegshilfe als besondere und für sich allein zu verwaltende Abteilung anzuschließen, weil sie der Meinung ist, daß auf diesem Wege am besten die Zwecke, die der Antragsteller im Auge hat, erreicht werden können. Ihn ist man auch in anderen Städten gegangen. In der Satzung der Kriegshilfskasse des Lübecker Gewerbestandes, die bereits die Billigung des Senates gefunden hat, dürfte die zweckmäßigste Unterlage für die neue Organisation gefunden werden.

Auf Antrag von Dimpfer beschloß der Bürgerausschuß gestern, den Antrag Köhn in dieser Fassung an den Senat zu bringen: „Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, für die durch den Krieg geschädigten und bedürftigen Kleinhändler, Ladeninhaber und sonstigen selbständigen Geschäftstreibenden, die weder von der Hilfskasse der Kaufmannschaft noch von derjenigen der Gewerbekammer Hilfe zu erwarten haben, eine besondere und für sich allein zu verwaltende Hilfskasse bei der Kriegshilfe einzurichten.“

Wenn der Senat und die Bürgerchaft diesem Vorhatslage folgen, so werden wir in Lübeck bald drei verschiedene Hilfskassen haben, die im wesentlichen die gleichen Aufgaben, allerdings für verschiedene „Stände“ erfüllen sollen. Ist es denn gar nicht möglich, hier etwas Einheitliches zu schaffen?!

Eine neue Verordnung betreffend das Verbot des Verkaufes von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion ist vom stellvertretenden Generalkommando des IX. Armeekorps erlassen und in den Amtsblättern veröffentlicht worden. Die Überreignung von Ferngläsern, falls ihre Vergrößerung die sechsmalige nicht übersteigt und von Objektiven für Photographie und Projektion kann ausnahmsweise gestattet werden. Die Anträge, denen eine polizeiliche bzw. landratsamtliche Bescheinigung beigefügt sein muß und für die ein bestimmter Wortlaut vorgeschrieben ist, sind an die Beschaffungsstelle für Lichtbildgerät beim Allgemeinen Kriegs-Departement Abt. 5, Berlin W. 57, Bülowstr. 20, zu richten.

Über die Versorgung der Binnenschiffer mit Lebensmitteln belagert eine unterm 18. Oktober erlassene Bekanntmachung des hiesigen Polizeiamtes u. a. folgendes: Die in der Binnenschiffahrt beschäftigten Personen und die sie begleitenden Familienangehörigen werden, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, durch den Kommunalverband Lübeck nach den gleichen Grundsätzen wie die übrige versorgungsberechtigte Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt, wenn sie einen von der zuständigen Behörde ihres Heimatortes oder von der Hafenbehörde des Antrittsortes der Fahrt ausgestellten Ausweis vorlegen, in welchem der Name oder die Bezeichnung des Schiffes, der Name des Schiffers und die Zahl der von ihm auf dem Schiff zu versorgenden Personen sowie das Fahrtziel eingetragen sind. Gegen Vorlegung des Ausweises werden dem Schiffer nach Maßgabe der darin bezeichneten Personenzahl die für die Dauer seines Aufenthalts in Lübeck und während der Weiterfahrt bis zum nächsten Anlegort erforderlichen Lebensmittelarten ausgehändigt. Tag, Zahl und Geltungsdauer der ausgegebenen Lebensmittelarten werden von der Ausgabebehörde in dem Ausweis vermerkt. Während der Geltungsdauer der auf Grund dieses Ausweises ausgestellten Lebensmittelarten ruht die Versorgung des Schiffes durch den Heimatkommunalverband.

Die neue Warenumschlagsteuer ist vor einiger Zeit in einem Artikel von uns besprochen worden. Da dennoch Mißverständnisse vorkommen können und schon vorgekommen sind, so sei an dieser Stelle betont, daß die Meinung nicht zutreffend ist, allgemein seien Warenumschlag bis 100 Mk. von der Steuer befreit. Es ist vielmehr

zu unterscheiden, ob die Umsätze im Betriebe eines inländischen Gewerbes gemacht werden oder nicht.

a) Umsätze im Betriebe eines inländischen Gewerbes, also die Verkäufe von Handelsfirmen, Kleinhandeltreibenden, Gewerbetreibenden usw. sind ohne Rücksicht auf die Höhe der einzelnen Zahlungen steuerpflichtig. Die Gesamtsumme aller Zahlungen im Jahre muß zur Besteuerung angemeldet werden. Hat z. B. ein Geschäft im Jahre für 1000 Verkäufe zu 20 Mk. die Zahlungen von 20 000 Mk. eingenommen, so muß diese Summe angemeldet werden. Befreit sind nur solche Gewerbebetriebe, bei denen der Gesamtbetrag der im Jahre eingegangenen Zahlungen 3000 Mk. nicht übersteigt. Diese haben überhaupt keine Steuer zu entrichten, einerlei, ob die einzelne Zahlung 100 Mk. übersteigt oder nicht.

b) Umsätze außerhalb des Betriebes eines inländischen Gewerbes, z. B. der Verkauf eines Hausgrundstückes durch den früheren Benutzer, der Verkauf einer Sammlung durch den Sammler, unterliegen der Umsatzsteuer nur dann, wenn die eingegangene Zahlung 100 Mk. erreicht. In diesen Fällen ist die Steuer durch Ausstellen einer gestempelten Quittung seitens des Verkäufers zu entrichten.

c) Die Steuer wird in beiden oben unter a und b genannten Fällen berechnet nur von vollen Hunderten der Steuersumme. Wird also im Falle a ein Gesamtbetrag von 20 050 Mk. angemeldet, so beträgt die Steuer 20 Mk.; wird im Falle b eine Zahlung von 150 Mk. geleistet, so beträgt die Steuer 10 Pf.

Wiesach ist die Frage aufgeworfen, ob eine Abwälzung des Stempels seitens des Verkäufers auf den Käufer erlaubt ist. Das Gesetz trifft ausdrückliche Bestimmungen nur für den Fall, daß es sich um einen Vertrag handelt, welcher vor dem 1. Oktober d. J. abgeschlossen ist, für den aber Zahlung erst später eingeht. Hier ist der Abnehmer verpflichtet, dem Lieferer einen Zuschlag zum Preise in Höhe der Steuer zu leisten. Bei später abgeschlossenen Verträgen ist es ohne besondere Vereinbarung kaum zulässig, dem Abnehmer den Stempel besonders in Rechnung zu stellen. Er muß vom Verkäufer in den Preis einkalkuliert werden.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Gesetz über den Warenumschlagstempel im Reichsgesetzblatt 1916 Nr. 148 und die Ausführungsbestimmungen dazu im Zentralblatt für das Deutsche Reich, 1916 Nr. 40, veröffentlicht sind. Beide Druckfächer können durch den Buchhandel bezogen werden. Es ist ferner in Vorbereitung die Ausarbeitung von Verwaltungsgrundrissen, durch welche die sofort aufgetauchten Zweifelsfragen beantwortet werden. Es ist zu erwarten, daß diese Grundrisse im Laufe des Oktober fertiggestellt und ebenfalls im Buchhandel erhältlich sein werden.

Keine Papierkartoffeln. In der Reichstagsitzung vom 12. Oktober hat bekanntlich Herr von Batocki gesagt, bei der Bestandsaufnahme über die vorjährige Kartoffelernte seien viel „Papierkartoffeln“ entstanden, das heißt, die Bauern hätten nicht zuwenig Kartoffeln angegeben — wie allgemein angenommen werde —, sondern zuviel. Auf den „Papierkartoffeln“ beruhten auch die Vorwürfe gegen die Versorgung zum größten Teile. Zu dieser Meinungsäußerung des Präsidenten vom Ernährungsamt schreibt nun ein hinterpommerscher Landwirt dem Kriegsausgang für Konjunkturinteressen:

„Mit Staunen habe ich gelesen, was der von mir und anderen kleinen Landwirten wegen seiner volksfeindlichen Politik (trotz der für uns gelegentlich ungewissen Maßnahmen) sehr geschätzte Herr von Batocki über die Mangelhaftigkeit vieler Amtsvorsteher bei den Kartoffelbestandsaufnahmen sagen mußte. Uns Landwirten ist dies ja ziemlich bekannt. Auch ohne die Angst vor Rückfragen mochten viele Landwirte nun einmal gern bei solchen beherrschlichen Dingen. Wie bei der Steuererklärung, so schämt man gern auch den Kartoffel- und anderen Ausstagen ein Schnippchen. Böser Wille ist meist nicht dabei im Spiel. Jetzt im Kriege ist es ja umgekehrt. In der Angst, man könnte nachher selbst nicht genug haben, gibt man lieber etwas zu wenig als zu viel an. Jedenfalls hat es auf dem Lande selbst nie Papierkartoffeln oder andere Lebensmittel aus Papier gegeben. Wenn man hätte ahnen können, zu welchen schlimmen Folgen die vielen kleinen Erhebungsfehler führten, dann würden sich sicher schon ehrliche Landwirte gefunden haben, die die Regierung, bei dem offenbaren Versagen der Landräte und höherer Stellen, darauf aufmerksam machten. Aber man muß sich doch fragen, warum wird, auch jetzt wieder, nicht endlich eine ganz genaue Ernteerhebung veranstaltet? Jeder Landwirt und auch jede Landfrau weiß doch, wieviel Kartoffeln geerntet wurden, sei es nun in Saat-, Kasten- oder Wagenmengen. Die größeren Besitzer können noch genauere Angaben machen, denn das Arbeiterlohn- oder Akkordbuch gibt genauere Aufschlüsse, wieviel Körbe voll der Arbeiter gebuddelt hat. Da schließlich jeder Besitzer die Ausmaße und den Inhalt seiner Mieten genau kennt, kann auch in späteren Monaten jederzeit mit der nötigen Genauigkeit angegeben werden, welche Kartoffelmengen wir noch haben. Die Regierung sollte sich von den Grundbesitzern, denen begrifflicherweise die ganze Richtung nicht paßt, nicht ins Bodornhorn jagen lassen, sondern mit fester Hand durchgreifen, dann haben wir Kartoffeln genug. Wir „Kleinen“ haben es jedenfalls allmählich satt, die berechtigten Klagen der Städter gegen die Latifundienbesitzer auf die ganze Landwirtschaft bezogen zu sehen.“

Die Vorhatslage, die der Landwirt über eine genaue Bestandsaufnahme macht, sind jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Im Kriegsernährungsamt wird man aber sagen, das Nachsehen der Lohnbücher könnte die „Kartoffelerzeuger“ verärgern. Und vor dem Mergen der Erzeuger hat man eben sehr viel Respekt.

Vorsicht. Nur zu häufig ereignet es sich während des Winters, daß durch Gasausströmen schwere Vergiftungszustände erfolgen. Wiesach sogar Todesfälle eintreten. In den meisten Fällen ist Sorglosigkeit die Ursache. Es wird der Gashahn nicht festzugebracht, so daß das Gas noch immer entweichen, den Schlafraum erfüllen und dadurch dem Schlafenden schädlich werden kann. Nicht allzuweit sind auch im Winter Gasexplosionen dadurch bewirkt, daß während der Nacht Gas in einem Raum ausgedrömt ist, das explodiert, wenn man morgens den Raum mit einem offenen Lichte betritt. Wer also Gas im Hause hat, hat vor dem Schlafengehen sorgfältig alle Föhne darauf zu untersuchen; ob sie fest geschlossen sind. Am besten ist es, wenn man sich daran gewöhnt, den Gashahn der Gasleitung jeden Abend zuzubringen, denn dann kann man sicher sein, daß nirgends Gas entweichen kann.

Der
Lübecker Volksbote
dient
den Arbeiterinteressen
schützt
die Rechte des Volkes!

Wutrom i. M. Zwei Schiffer ertrunken. Die Wutromer Kapitane W. Kretzschmar, 55 Jahre, und E. Dillwig, 40 Jahre alt, waren Montag nachmittag auf den Binnensee gefahren, um Angeln auszuleihen. Bei dem Sturm schlug das Boot voll Wasser und sank. Beide ertranken. Die Leichen und das Boot sind Dienstag vormittag geborgen worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Todesurteil im Mordprozess Wiemann. In einem Mordprozess gegen die Witwe Ida Wiemann, die am 25. März ds. Js. ihre siebenjährige Tochter Irma getötet und in den Rauhnen Bergen bei Steglitz verscharrt hat, befahten die Geschworenen des Schwurgerichts am Landgericht 11 in Berlin die Schuldfrage nach Mord. Die Angeklagte wurde demgemäß zum Tode verurteilt, sie nahm das Todesurteil völlig apathisch entgegen.

Ein teurer Kauf. Für einen Franzosenkauf drei Tage Gefängnis erhielt die Dienstmagd Kunigunda Köllner aus Strullendorf vom Schöffengericht in Bamberg zubilligt. Die ehrgeizige Dorfchöne war geständig, daß sie sich von einem in Strullendorf beschäftigten kriegsgefangenen Franzosen einmal — aber auch nur ein einziges Mal! — erklärte die Angeklagte — habe küssen lassen.

Warnende Urteile für Preistreiber. Die Kaufleute Heinrich Schreiber und Karl Bloch, beide Vorstand der Kolmarer Handels-Aktiengesellschaft, sind am 23. August d. Js. vom Kolmarer Schöffengericht wegen Preistreiberien zu der Mindeststrafe von je 4000 Mk. verurteilt worden. Wie sich aus der Verhandlung ergab, hat die Firma Kolmarer Handels-Aktiengesellschaft von der Firma „Das Milchmädchen“, Kondensmilch-Gesellschaft in Lindau, am 1. April d. Js. 400 Kisten gedudeter Kondensmilch zum Preise von 36 Mk. die Kiste gekauft und sie dann dem Handelsvertreter Bauer in Augsburg zu 53 Mk. die Kiste angeboten. Gleichzeitig wurden auch 400 Kisten Vollmilch „Berra“ und 300 Kisten Vollmilch „Adler“ zu je 67 Mk. pro Kiste angeboten. Das Angebot der Magermilch wurde weiterhin auf 51 Mk. ermäßigt und dann überhaupt zurückgezogen. Das Gericht erblühte in der Forderung eines Kaufpreises von 53 Mk. für die Magermilch eine Verletzung des § 5 Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 23. März 1916; denn diese Forderung enthalte gegenüber dem eigenen Anschaffungspreis einen Zuschlag von nahezu 50 Prozent (36 + 18 = 54). Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten und die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Strafkammer schloß sich den Gründen des ersten Richters an, erachtete aber die ausgesprochenen Strafen für zu niedrig und erkannte auf je 6000 Mark Geldstrafe, sowie auf Einziehung der kondensierten Milch im Werte von 14400 Mk. Der Staatsanwalt hatte für jeden 4 Monate Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe beantragt.

Zu zwei Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe wurde der Kaufmann Mandel Rosenzweig in Chemnitz verurteilt, weil er beim Verkauf von 40000 Stück Fleischbrühwürfel an einen Chemnitzer Großhändler unangemessenen Gewinn gemacht hatte. Für 1318 Mk. hatte er die Ware — einschließlich Speise — gekauft, beim Weiterverkauf aber 1484 Mk. verlangt und erhalten. Nach dem Gutachten des kaufmännischen Sachverständigen bedeutet dieser Preisaufschlag von 13 Proz. einen übermäßigen Gewinn; angemessen sei in diesem Falle 3 Proz. gewesen.

Auf 3000 Mark Geldstrafe erkannte das Gericht gegen den Nahrungsmittel-Großhändler Alexander William Müller in Chemnitz. Dieser hatte am 18. Mai einen Posten Fleischkonserven von 20 Kisten mit je 100 Dosen für 2,90 Mk. die Dose gekauft und im ganzen am 20. Mai an einen Großhändler weiterverkauft, dabei aber die Dose mit 3,10 Mk. berechnet. Er hatte also „im Handumdrehen“ 400 Mk. „verdient“. In diesem Falle erachtete der kaufmännische Sachverständige 4 Proz. als angemessenen Verdienst, während M. mehr als 6 Proz. genommen hatte. — So „arbeitet“ der unanständige Handel und bereichert sich in dieser schweren Kriegszeit zum Schaden der Verbraucher, deren Angehörige mit Blut und Leben das Vaterland verteidigen!

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lohmann, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inferate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inferate im „Lübecker Volksboten.“

Verordnung betreffend das Verbot des Verkaufes von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion.

Die bisher in dieser Angelegenheit erlassenen Bestimmungen sind geändert. Der Wortlaut der neuen Verordnung ist in den Amtsblättern veröffentlicht. Von besonderer Wichtigkeit ist § 4 dieser Verordnung, der die Zulassung von Ausnahmen regelt. Altona, den 11. Oktober 1916. (6104) Das stellvertretende Generalkommando IX. Armee-Korps.

Holzacker
evtl. auch Frauen
zu dieser Beschäftigung gesucht. Zu melden Freitag vormittag 5105
Lindenstr. 20-22, auf dem Hof.

Guterhalt. Kinderwagen
Beddigröhre, zu verkaufen. 5105) Reiterstr. 45.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Bilderleisten einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 95. Fernruf 2808.

Taschen-Atlas

der Kriesschauplätze

18 Teilkarten und 2 Übersichtskarten

von England, Belgien, Frankreich, Rußland, Galizien, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Albanien, Italien, Türkei und Aegypten.

— Preis 25 Pfg. —
Zu haben bei:
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“
Johannisstraße 46.

Soeben erschienen:
Illustrierter Neue-Welt-Kalender

für das Jahr 1917.

Aus dem Jahrbuch der Zeitungen haben wir heraus:
Kalenderium — Postliches — Rüböl.
— Meßen und Märkte — Unsere Loten —
Feld- und Kriegszeitungen. (Von J. Käpfe.
Mit Illustrationen.) — Die Schwärze von
Lanzböden und Altsiedlern im Meer
von Jüngling und Balken aus. (Mit
Illustrationen.) — Die Balkenblätter. (Mit
Illustrationen.) — Kleine kriegszeitung
Worte aus der Panis des Tages. (Mit
Illustrationen.) — Hierzu drei Bilder: Heu-
mäher; Abschneemäher; Beim Wein.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote)
Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste
Familien-Witzblatt



Meggendorfer-Blätter
München 9 9 Zeitschrift für Humor und Kunst
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— 9

Abonnement bei allen Buchhandlungen und
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-
nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,
Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Aus-
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter
zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Hesses Volksbücherei

Jede Nummer groß. 20 Pfennig.
Bis jetzt erschienen über 700 Nummern.

Hesses Volksbücherei enthält in gediegenster Aus-
stattung eine ganze Reihe von Perlen der Er-
zählungskunst. Neben wertvollen Beiträgen von
älteren, bewährten Dichtern sind reichlich Schöpfungen
anerkannter, erster Schriftsteller der Gegenwart auf-
genommen, so von:

- Anzengruber / V. Blüthgen / Helene Böhlau
- Otto Ernst / Max Eyth / Gustav Falke
- Ric. Huch / Wilh. Jensen / Max Kreher
- Deil. v. Liliencron / Ch. Niese / A. v. Perfall
- W. Raabe / Peter Rosegger / Frida Schanz
- A. Trinius / Clara Viebig / Ernst Wichert
- Arthur Zapp u. v. a.

Handliches Format, große deutsche Schrift
und holzfreies Papier.

Die meisten Nummern sind auch in hübschen Einbänden zu haben.
Vollständige Kataloge kostenlos zur Verfügung.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Feldpostbriefe

5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.

Feldpostkarten

10 Stück 5 Pfennig

hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Wer sich für die
Geschichte Lübecks
interessiert, der lese die Werke von
Th. Schwartz

**Bilder aus Lübecks
Vergangenheit**

sowie
Hinrich Paternostermaker

eine wertvolle Schrift aus Lübecks
Geschichte im 14. Jahrhundert.

Da der Bezugspreis jetzt bedeutend er-
mäßigt ist, so ist es jedem möglich diese
beiden wertvollen Bände zur Hausbibliothek
anzuschaffen. Bestellungen nehmen ent-
gegen unsere sämtlichen Kolporteurs und
Zeitungsausdräger sowie die Expedition des
„Lübecker Volksboten.“

Fr. Meyer & Co.,
Buchhandlung. Johannisstr. 46.

Knochenverkauf.
Freitag, den 20. Oktober 1916:
Nr. 9901-10000 v. 10-12 Uhr vorm.
Nr. 10001-10400 v. 2-7 Uhr nachm.
5108 **Paul Lohmann.**

Drucksachen aller Art
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Leber
-Sohle
Hansa
preiswert, haltbar.
reell. (5101)

Hansa-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Großer Erfolg!!
Mariette singt
N. d. Rom. d. Lüb. Gen.-Anzeig.
Vorverkauf Zig.-Gesch. Sager,
Kohlmarkt u. an d. Theaterkasse
10-1 und ab 6 Uhr. (5107)
Sonn. nachm. 4U.: 20, 50, 100 &
Der Rattenfänger v. Hameln.

Das Grundübel.

Separatdruck von fünf
Artikeln aus der Dort-
munder „Arbeiter-Zeitung“
in der sie im Monat Juli
1916 erschienen sind.

Von A. Gerisch.
— Preis 15 Pfg. —
Zu haben:

Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Stadttheater. 5109

Donnerstag, d. 19. Oktober 1916
Gastspiel von
Lisa Ludewigs-Korte:
Zum letzten Male:
Fidelio.

Freitag, d. 20. Oktober 1916
Einmaliges Gastspiel des
Hamburg. Thalia-Theaters
(Direktion: H. Röbbeling):
Am Teetisch.
Lustspiel v. Carl Sloboda.

Sonabend, 21. Oktober 1916
Rigoletto.
Oper von G. Verdi.

Sonntag, den 22. Oktober 1916
nachmittags 3 Uhr
Jeder Platz 50 Pfg.

Das Glück im Winkel.

Schauspiel von H. Sudermann.
Verlosung der Plätze Freitag
und Sonnabend abends von
8 1/2 b. 9 1/2 Uhr an der Theater-
kasse.

Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund.
Ortsgruppe Lübeck.

Versammlung
am Freitag, 20. Okt., 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Der Vorstand. 5102)

Reichstagsauschuß für den Reichshaushalt.

Am Dienstag brachte zunächst Abg. Freiherr v. Camp (D. Fr.) die Berichte zur Sprache, die das Wollfische Bureau über die Verhandlungen des Ausschusses verbreitet. Die Berichte seien einseitig im Sinne der Reichsleitung und gäben die Ausführungen der Abgeordneten zum Teil ganz ungenügend wieder. Berichtet werden die Berichte durch einen Beamten. Daher sollte dafür gesorgt werden, daß die Berichte unparteiischer werden.

Belagerungszustand

Oberst v. Wiesberg teilte mit: Das Kriegsministerium werde veranlassen, daß in jedem Bericht vierteljährlich genau über alle Schussfälle berichtet werde. Auf diese Weise werde in Zukunft ein Ueberblick über das ermöglicht, was wirklich geschähe.

Abg. Heine (Soz.) wendete sich gegen die Behauptungen, die in der vorigen Sitzung die Reichsleitung gemacht hat, um die Hausdurchsuchungen bei den Abgg. Dr. Herzfeld, Matric und Haberland als zulässig hinzustellen. Er forderte den Nachweis, daß wirklich die Hausdurchsuchungen in einer Untersuchung gegen einen Dritten angeordnet seien und die im Gesetz dafür festgesetzten Voraussetzungen vorlägen. Für ihn stehe es fest, daß die Hausdurchsuchung unvereinbar mit der Immunität der Abgeordneten sei. Die Verurteilung der großen Zahl von Schussfällen zu rechtfertigen, seien verfehlt. Gegen Spionage fehle es wahrlich nicht an strengen gesetzlichen Bestimmungen. Die Gründe gegen das Vorgehen gegen Wehring seien ungenügend. Notwendig sei das Recht, Beschwerde gegen Schussfälle einzulegen bei einer gerichtlichen Instanz unter Beistand eines Rechtsanwalts. Auch stehe es fest, daß unerfahrene junge Leute verhaftet seien wegen Handlungen, die eine Schädigung unseres Volkes nicht bedeuten. Ja, es sei vorgekommen, daß Privatleute misshandelt wurden mit der Verhängung der Schusshaft gedroht haben. Dasselbe sei durch das Rundschreiben eines stellvertretenden Generalkommandos geschehen. Das Verlangen, daß ein Redner vor der Versammlung den Wortlaut vorlege, zeige, daß die Behörde gar kein Verständnis für die Aufgaben der Redner habe. Ebenso kurzfristig sei das Sprachenverbot in Lothringen. Damit werde das wenig rühmliche Mißtrauen, das in dem Zaberner Fall so verderblich gewirkt habe, wenig rühmlich fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. Helfferich versicherte, daß die Reichsleitung alles tun werde, um die gerügten Mißstände in Zukunft zu verhindern. Es könne aber nicht auf den Belagerungszustand verzichtet werden. (Zuruf des Abg. Erzberger: In Bayern haben wir den Belagerungszustand nicht!) Wir müssen durch die Schusshaft verhindern, daß eine Schädigung des Vaterlandes eintrete.

Abg. Dr. Koesike (K.) erkannte ebenfalls an, daß das Gesetz über den Belagerungszustand nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht; daher die vielen berechtigten Beschwerden. Trotzdem halte auch er den Belagerungszustand für unentbehrlich und die jetzige Zeit für ungeeignet, das Gesetz zu ändern. Daher müßten die nötigen Verbesserungen durch die Reichsleitung vorgenommen werden. Nur aus wirklich militärischen Gründen sollte eingeschritten werden, aber nicht aus politischen Gründen, nicht um eine politische Meinung zu bekämpfen. Auch sollte den Personen, die mit Hausdurchsuchungen, Briefsperrre usw. bedacht werden, die notwendigen Mittelungen darüber sofort gemacht werden.

Auf Antrag des Abg. Erzberger (Z.) wird die Aussprache über die Schusshaft geschlossen, da damit noch ein besonderer Ausschuss betraut werden soll.

Abg. Liesching (Sp.) begründet den Antrag der Fortschrittler, der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das im Artikel 68 der Reichsverfassung in Aussicht gestellte Gesetz über den Belagerungszustand unverzüglich dem Reichstage vorzulegen.

Abg. Ged (Soz.) wies nach, wie schädlich es wirkt, daß so viele Bewohner von Elb-Lothringen aus ihrem Wohnsitz ausgewiesen und gezwungen worden sind, sich in einem ihnen vorgeschriebenen Orte aufzuhalten. Ferner schilderte der Redner, wie verfehlt es ist, von einem Redner zu verlangen, daß er vor der Versammlung den Wortlaut der von ihm beabsichtigten Rede vorlege.

Abg. Kretsch (K.) schlug vor, daß die Verfügungen, die auf Veranlassung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies ausdrücklich erkennen lassen. Dann werde sich zeigen, daß

die bedenklichsten Verfügungen in der Regel gar nicht von militärischer Seite verhängt seien.

Abg. v. Camp: Kein Mitglied hält den jetzigen Zustand für erträglich. Änderungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Zu empfehlen sei aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dadurch unliebsame Erörterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Er könne nur unterstützen, daß während des Krieges es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand herzustellen. Er könne aber auch versprechen, daß die Reichsleitung alles tun werde, um die gerügten Mißstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Heine: Wir werden zwar für den Antrag Liesching stimmen, zugleich aber auch dafür eintreten, daß der Reichstag selbst mit einem Gesetz vorgehe. Resolutionen seien schon wiederholt gefaßt worden, ohne daß wir dadurch einen Schritt weiter gekommen wären; und doch sei es dringend nötig, daß hier reiner Eifer gemacht werde. Ein Gesetz könne sehr leicht zustande kommen, wenn nur die Reichsleitung den Wünschen des Reichstages Rechnung trage.

Abg. Dittmann machte darauf aufmerksam, daß noch in den Bezirken des VII. Armeekorps Redeverbote gegen bestimmte Personen beständen, die bereits vor einem Jahre verhängt worden seien. So könne es doch nicht weiter gehen. Zu verlangen sei, daß endlich diese Verbote aufgehoben würden. Ebenso sei es notwendig, daß das Verhältnis derjenigen Reichstagsabgeordneten, die zu Kriegsdienstleistungen eingezogen seien, geregelt werde. Sie stehen in zweifacher Pflicht; erstens haben sie die Pflicht, ihre Aufgaben als Abgeordnete nachzukommen, und zweitens laßt auf ihnen die Rücksicht des Kriegsdienstes. Sie seien aber im Reichstag in der Lage, wichtigere Dienste zu leisten als draußen im Felde. Daher müsse verlangt werden, daß unter keinen Umständen ihre Tätigkeit als Abgeordnete gehemmt werden dürfe durch die Pflichten im Kriegsdienst. Den Abgeordneten müsse unter allen Umständen ermöglicht werden, nicht nur den Sitzungen des Reichstages selbst beizuwohnen, sondern auch in Fraktionsitzungen anwesend zu sein, und alles das zu erledigen, was sie als Abgeordnete durchzuführen müssen. Ferner seien Schwierigkeiten entstanden in der Frage, ob der Abgeordnete, der als Gemeiner beim Militär stehe, eines Urlaubs zu den Reichstagsverhandlungen usw. bedürfe. Nach dem ganzen Geiste der Verfassung sei jeder Zweifel darüber ausgeschlossen, daß der Abgeordnete ohne weiteres die nötige Zeit und Gelegenheit haben müsse, seine Aufgaben als Abgeordneter zu erfüllen. Ebenso seien Schwierigkeiten gemacht worden, wenn der Abgeordnete, der als Gemeiner beim Militär stehe, von seiner Reichstagskarte Gebrauch machen wolle.

Ministerialdirektor Dr. Lewald wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei diesen Angelegenheiten ergeben. Er sei auch der Meinung, daß die Abgeordneten während der Zeit, in der der Reichstag tagt, die Gelegenheit haben müßten, ihren Pflichten als Abgeordnete nachzukommen. Er stelle auch fest, daß an das Reichsamt des Innern nicht eine einzige Beschwerde eingegangen sei. In der Zeit allerdings, in der der Reichstag nicht verammelt sei, müsse der Abgeordnete seinen militärischen Pflichten nachgehen. Ebenso müsse den Abgeordneten der Urlaub für Fraktionsitzungen erteilt werden und könnten ihnen Schwierigkeiten im Gebrauch ihrer Reichstagskarten nicht gemacht werden.

Abg. Gotthein (Sp.) empfahl, daß die Regierung sich mit den Reichstagsabgeordneten über die notwendigen gesetzlichen Änderungen verständige. Nur dadurch könnten unerquickliche Auseinandersetzungen im Plenum verhindert werden.

Abg. Erzberger trägt ebenfalls sehr entschieden dafür ein, daß auch denjenigen Abgeordneten, die als Gemeiner beim Militär sind, in der Zeit, während der der Reichstag zusammen sei, keine Schwierigkeiten bereitet würden. Solche Beschwerden seien auch ihm zur Kenntnis gekommen; allerdings habe das Kriegsministerium sofort Abhilfe geschaffen. Ganz besonders notwendig sei es, daß es den Abgeordneten möglich sein müsse, den Fraktionsitzungen beizuwohnen. Dies gelte auch während der Vertagung. Hierauf wurde der Antrag der Fortschrittlichen angenommen. Es beginnt die Beratung der Jesuiten.

Abg. Hoch als Mitberichtersteller fragt an, was die Reichsleitung getan habe, um den Wünschen nachzukommen, die der Reichstag in seiner vorigen Tagung in bezug auf die Verbesserung der Zensur vorgetragen habe. Nach seiner Beobachtung seien die Verhältnisse durchaus nicht besser geworden. Bezeichnend dafür sei eine Eingabe, die den Abgeordneten von der Redaktion des „Unterjorn“ zugegangen sei. Hier werde nachgewiesen, daß die neuen Bestimmungen für bildliche Darstellungen nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung bedeuten. Er frage an, ob bei der Abfassung der neuen Bestimmungen nicht Sachver-

ständige aus den Kreisen der Beteiligten selbst zu Rate gezogen seien. Unter den Wünschen, die der Reichstag in seiner vorigen Tagung geäußert hatte, war auch der, daß eine Zeitung nur nach einer Verständigung mit dem Reichskanzler verboten würde. Er frage an, ob diese Verständigung erfolgt sei und weiter, ob mit Zustimmung des Herrn Reichskanzlers verlangt worden sei, daß im „Vorwärts“ andere Redakteure angestellt werden. Es sei doch ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Partei auf ein derartiges Ansuchen jemals eingehen könne; daher würde ein solches Ansuchen nichts anderes bedeuten, als daß das Verbot während der ganzen Dauer des Krieges aufrechterhalten würde. Im übrigen seien sehr oft Männer mit der Zensur betraut, die ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen seien. Redner wies darauf hin, daß in der Rede, die der Abg. Emmel im Reichstage über die Zensur im Elb gehalten hat, ganze Stellen vom Zensur gestrichen worden seien. Auch in Braunshweig sei ein Mann als Zensur tätig, der nicht einmal gewußt habe, wo die „Nordd. Allg. Zeitung“ erscheine. Dieser Zensur habe denn auch in geradezu unbegreiflicher Weise ganz unbedenkliche Sachen wiederholt gestrichen, und zwar solche Ausführungen, die mit den militärischen Verhältnissen, mit der Sicherheit unseres Landes und selbst mit dem Burgfrieden nicht das geringste zu tun hatten. Er habe verlangt, daß die durch die Streichung entstehenden Lücken beseitigt wurden, selbst in solchen Fällen, in denen das technisch einfach unmöglich war. Schließlich habe er sogar solche Anzeigen gestrichen, die in anderen Blättern erschienen sind. Die Folge davon war, daß dem Blatte Anzeigen entzogen wurden und das Unternehmen dadurch materiell schwer geschädigt worden ist.

Abg. Dr. Hirsch (Natl.) begründet einen Antrag, der ein Gesetz, betreffend die politische Zensur einführen will. In dem Antrage wird verlangt:

§ 1. Wird im Deutschen Reiche auf Grund des § 5 des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 oder eines an dessen Stelle tretenden Reichsgesetzes eine Zensur der Presse eingeführt, so geht die vollziehende Gewalt in Angelegenheiten der politischen Zensur auf den Reichskanzler über, der damit die Verantwortung für die Handhabung der politischen Zensur übernimmt.

Die Bestimmungen des § 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 bleiben auch für das Deutsche Reich nur insoweit anwendbar, als es sich um die Zensur militärischer Angelegenheiten handelt.

Die Festlegung der für die Ausübung der politischen Zensur erforderlichen Organe erfolgt durch Bundesratsverordnung.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es ist ganz unmöglich, die Zensur so zu teilen, daß für die rein militärischen Angelegenheiten die Oberste Heeresleitung und für die politischen Angelegenheiten der Reichskanzler verantwortlich sei. Die Zensur im ganzen beziehe sich untrennbar, sowohl auf militärische als auch auf politische Angelegenheiten. Denn während des Krieges seien auch die politischen Angelegenheiten schließlich von Bedeutung für die Verteidigung unseres Vaterlandes. Dagegen habe sich die Reichsleitung bemüht, den Wünschen des Reichstages auch in der Zensur Rechnung zu tragen. In bezug auf die Kriegsziele seien in der letzten Zeit die Grenzen weiter gezogen worden. Dagegen müsse unbedingt daran festgehalten werden, daß gefälschte Angriffe gegen die Ehre einzelner Personen, ganzer Parteien oder Berufsstände nicht gestattet werden können. Der „Vorwärts“ sei verboten worden, weil er im Anschluß an eine Rundgebung der Gegner des Reichskanzlers überaus scharfe und gehässige Angriffe gegen die Personen sich erlaubt habe, von denen die Rundgebung ausgegangen war. Der Herr Reichskanzler hat das Verbot nicht veranlaßt, aber er habe sich auch nicht veranlaßt gesehen, gegen das Verbot einzuschreiten. Er (Helfferich) erkläre: Wäre das Verbot nicht erfolgt, so hätte er den Herrn Reichskanzler ersucht, zu veranlassen, daß der „Vorwärts“ verboten werde. Daß das Generalkommando eine Bedingung in bezug auf die Redaktion des „Vorwärts“ gestellt habe, sei ihm nicht bekannt.

Abg. Ged weist nach, daß viel mehr als durch scharfe Artikel Erregung dadurch hervorgerufen werde, daß die Zensur eine Kritik der Vorgänge unseres öffentlichen Lebens unmöglich mache. Ebenso verfehlt sei es, daß nach Angriffen feindlicher Flieger es der Presse verboten sei, über den dadurch entstandenen Schaden ausführlich zu berichten. In dem ihm bekannten Falle wäre es durchaus gut gewesen, wenn die Presse in der Lage gewesen wäre, sofort nachzuweisen, daß durch die Fliegerangriffe zwar kein militärischer Schaden verursacht worden, wohl aber ganz unschuldige Menschen getötet worden seien. Der Herr Staatssekretär Helfferich habe gefragt, ob die Sozialdemokraten glaubten, daß wir ohne Zensur auskommen können. Darauf antwortete er (Ged), daß es ohne Zensur unter keinen Umständen möglich sein könne, als es gegenwärtig ist.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von S. M. Dostojewskij.

Erster Teil.

Es war im Juli, in der heißesten Zeit, als gegen Abend ein junger Mann sein Gemach verließ, welches er von einem der Bewohner des Hauses seitengängig gemietet hatte, und langsam, wie es läßt unentschieden, nach der K-Brüde zuhritt.

Er verließ glücklich eine Begegnung mit seiner Hauswirtin auf der Treppe. Sein Gemach befand sich unmittelbar unter dem Dach eines fünfstöckigen Hauses und ähnelte mehr einer Gruft als einem Wohnzimmer. Die Hauswirtin, von der er dieses Gemach abgemietet und bei der er Kost und Verpflegung hatte, wohnte eine Treppe tiefer in einem anderen Logis und stets wenn er zur Straße hinunterstieg, mußte er an der Küche derselben vorbeigehen, deren Tür fast immer weit offen stand. Jedesmal, wenn der junge Mann an ihr vorbeisagte, empfand er ein schmerzliches und beängstigendes Gefühl, dessen er sich schämte und welches ihm die Stirn in Falten legte.

Er schlich sich seitwärts vorbei, er fürchtete, mit der Frau zusammenzutreffen.

Der Grund hierfür lag nicht darin, daß er menschlichen oder verschlossenen gewesen wäre, ganz im Gegenteil; aber er befand sich seit einiger Zeit bereits in einem Zustand der Verbitterung, welcher an Hypochondrie grenzte. Daher hatte er sich auch abgeschlossen und von allen zurückgezogen und er fürchtete die Begegnung jedes Menschen, nicht nur die mit der Wirtin. Er war arm, aber selbst die Armut hatte in der letzten Zeit nicht mehr vermocht, ihn zu bedrücken. Seine tägliche Beschäftigung hatte er gänzlich eingestellt, er wollte nicht mehr arbeiten. Er fürchtete seine Wirtin durchaus nicht, wie dieselbe auch gegen ihn gefühlt sein mochte, aber auf der Treppe stehen bleiben zu sollen, um das Geschwätz über jeden nichtigen Alltagsstrahl, der ihn gar nicht berührte, oder die Zinsmahnungen, Beschwerden und Klagen anzuhören und sich dann selbst noch entschuldigen und Kolligen machen zu müssen — nein, dann wollte er lieber wie eine Kage zur Treppe hinabschleichen und laufen, damit ihn niemand wahrnehme.

Gleichwohl war er doch von der Besorgnis, seiner Gläubigerin in den Weg zu geraten, ganz erregt, als er die Straße betrat.

„Welch ein Wagnis habe ich vor und doch vor welchen Kleinigkeiten zittere ich noch!“ dachte er bei sich und lächelte anheimlich. „Am, ja, es liegt alles in unsern eignen Händen und kann aus vor der Nase vorbeistreichen, wenn wir feig sind. Dies ist unzweifelhaft. Ich möchte nur wissen, was die Menschen am meisten fürchten? Einen neuen Schritt, irgend eine neue Idee, fürchten sie doch mehr als alles andere. Indessen, ich schwache viel zu viel, deshalb handle ich auch nicht — ich schwache zuviel. Und ich schwache wohl

auch soviel, damit ich nicht zu handeln brauche. Das habe ich erst während dieses letzten Monats gelernt, seitdem ich Tag und Nacht hindurch in den Ecken gelegen und getrauert habe. Aber weshalb eile ich jetzt fort? Bin ich schon gerüstet für mein Vorhaben? Ist es mir überhaupt Ernst damit? Durchaus nicht. Ich begnüge mich mit Phantasien; Spielereien, jawohl, nur mit Albernheiten.“

Die Hitze auf der Straße war noch unerträglich, und dazu herrschte fürchterliche Schwüle, ringsum nichts als Kall, Holzgasen, Fiesel und Staub, und dazu jener nur im Sommer bemerkbare Geruch, welcher jedem Petersburger wohlbekannt ist, der sich nicht im Sommer ein Landhaus mieten kann; all das wählte sich er drückend auf die ohnehin schon angegriffenen Nerven des Jünglings. Der ekelhafte Gestank aus den Schenken, die sich in diesem Teil der Stadt in großer Anzahl vorfinden, Trunkene, die bisweilen seinen Weg kreuzten, obwohl es noch Arbeitszeit war, vollendeten das traurige Bild.

Ein Ausbruch tiefsten Abscheus glitt momentan über die zarten Züge des jungen Mannes. Derselbe war auffallend hüßlich, er besaß schöne dunkle Augen, braunes Haar und war von ziemlich hohem Wuchs, schlank und wohlgestalt. Er hatte sich wieder in eine Art tiefen Nachdenkens versenkt, eines gewissen Selbstvergessens, und schritt dahin, ohne von seiner Umgebung Notiz zu nehmen, ja ohne den Wunsch, sie zu gewahren. Bisweilen murmelte er etwas vor sich hin, gewohnt, Selbstgespräche zu halten, in denen er sich selbst kritisierte. Aber er ward inne, daß seine Gedanken sich zu verwirren begannen, und lächelte sich sehr trübselig; hatte er doch schon seit zwei Tagen nichts gegessen.

Er trug einen so schlechten Rock, daß selbst mancher vielleicht an dergleichen schon Gewöhnte sich bejammern haben würde, am Tage damit auszugehen, in Lumpen auf der Straße. Dies Stadtviertel war indes hier derart, daß man sich über nichts mehr zu wundern brauchte. Die Nähe einer Masse von Fabriken, die fast ausschließlich die Anstellung von Handwerkern, die in den inneren Gassen und Nebengassen Petersburgs zusammengepackt wohnen, belebte manchmal die Gegend mit Erscheinungen, daß es unmöglich gewesen wäre, sich bei dem Anblick einer neuen Figur noch zu wundern.

Die menschenfeindliche Verbissenheit hatte sich so sehr in der Seele des jungen Mannes eingenistet, daß derselbe trotz all seiner jugendlichen Eitelkeit sich um nichts weniger Gedanken machte, als um die Lumpen, welche er auf der Straße trug. Freilich wurde dies anders, wenn er Bekannten oder früheren Kameraden begegnete, mit denen er es nicht liebte zusammenzutreffen.

Als plötzlich auch ein trübener Mensch, welcher er weiß weshalb und wohin, in einem großen Wagen, den ein ebenso großes, lahmes Pferd zog, an ihm vorbeifahren wurde, wendete er sich auf den Jüngling um, laut rief: „He da, du mit deinem deutschen Futter!“ und aus voller Kehle dazu sagte, daß der junge Mann unwillkürlich und erschrocken nach seiner

Kopfbedeckung. Sein Hut war hoch und rund, wie ihn die Zim-merleute meist tragen, aber ebenfalls gänzlich abgeschabt und verflissen, und voller Löcher und Flecken, ohne Dedel und formlos nach einer Seite herniedergeneigt. Es war indes nicht Scham, die ihn ergriff, sondern ein Gefühl, welches dem Schrecken gleich.

„Ich wußte schon“ murmelte er bestürzt, „ich habe es schon gedacht; das ist nichts, diese Dummheit, eine solche Kleinigkeit kann den ganzen Plan zunichte machen. Der Hut ist viel zu auffallend; er ist lächerlich und nicht in die Augen. Ich brauche überhaupt zu meinen Lumpen vielmehr eine Mütze, und siehe sie aus wie ein alter Spanntuch, aber nicht dieses Ungeheuer. Niemand trägt dergleichen, man sieht es auf Werke hin und merkt sich es. Hieran wird man mich erkennen können, er ist mein Verräter. Wir müssen also etwas weniger Auffallendes aufstöbern, es ist nur eine Kleinigkeit, aber diese Kleinigkeiten verderben meist alles.“

Er hatte nicht weit zu gehen und wußte schon genau, wieviel Schritte es waren von seiner Haustür an; genau siebenhundert und dreißig. Er hatte sie schon einmal ausgezählt, und wohl überlegt. Er hatte damals seinen eigenen Gedanken noch nicht geglaubt und war in Zorn geraten über deren ungefüge, verführerische Berwegenheit. Jetzt, einen Monat später, schaute er bereits mit ganz andern Blick auf dieselben; er hatte sich zwar daran gewöhnt, in ermutigenden Selbstgesprächen angefaßt seiner Mutlosigkeit und Unentschiedenheit, gleichsam ohne es zu wollen, seinem Plane nachzuhängen, aber er vermochte noch immer nicht völlig an ihn zu glauben. Jetzt ging er nun, um eine Probe zu setzen, Plane anzustellen; mit jedem Schritt, den er tat, begann seine Erregung stärker und stärker zu werden.

Wie fast stillstehendem Herzen und nervösen Zittern näherte er sich einem ungegliederten Mietgebäude, welches mit einer Seite an den Kanal grenzte, mit der andern an die Straßenseite. Dieses Haus enthielt lauter kleine Quartiere und ward von Handwerkern aller Art bewohnt, von Schneidern, Schlossern, Köchinnen, einer Anzahl Deutschen, von alleinstehenden Mädchen, die sich selbst zu unterhalten hatten, von kleinen Beamten und anderen. Die Ein- und Ausgehenden gingen durch zwei Türen oder über die zwei Höfe des Hauses, in welchem drei oder vier Hausmänner die Aufsicht führten. Der junge Mann war sehr zufrieden, daß er niemandem begegnete, und stieg nun rechts von der Eingangstür die Treppe empor. Dieselbe war dunkel, eng und schmucklos; aber er kannte sie schon und war vertraut mit ihr; gerade diese Eigenschaften waren ihm jetzt günstig, denn in dieser Dämmerung waren ihm selbst neugierige Blicke unangenehm. „Wenn ich schon jetzt so juristisch bin, was soll da erst werden, wenn es gilt, an das Werk selbst heranzutreten?“ dachte er unwillig, zum vierten Stockwerk emporsteigend.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärt ihm, können die Ausführungen Geis über die Zensur nach Fliegerangriffen durchaus beachtet. Das Kriegsministerium werde die Sache prüfen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Konjervative Wünsche.

Im Haushaltsauschuß des Reichstags haben die Konserverativen einen Antrag eingebracht, in dem sie fordern, daß für Pferde, die von der Heeresverwaltung ausgehoben werden, so hohe Zuschläge bezahlt werden, daß der Uebernahmepreis den heutigen Preisen entspricht. Außerdem soll der Bedarf der Heeresverwaltung möglichst im freien Ankauf gedeckt werden. — Die Preise für Remonten sind im Frieden genau festgesetzt und die Herren Pferdebesitzer sind dabei immer recht gut auf ihre Rechnung gekommen. Wenn sie jetzt noch höhere Zuschläge und einen möglichst ausgedehnten freihändigen Ankauf fordern, so nur zu dem Zweck, die Preise immer mehr in die Höhe zu treiben. Dem Bund der Landwirte wird der Nachweis nicht schwer fallen, daß die Pferdebesitzer mit der Forderung höherer Preise dem Vaterland ein neues Opfer bringen.

Das alte Futterlied.

Der Abgeordnete Arnstadt jagte am 13. Oktober im Reichstags, es sei ein Unbding, den Preis der Kartoffeln dauernd niedriger als den Futterwert der Kartoffeln zu halten. Wohlgerneht jagt er das, wie uns aus Konsumentenkreisen geschrieben wird, zu einer Zeit, wo dem Landwirte die Speisefarbstoffe mit 4 Mark bezahlt werden. Also: weil das Schweinefleisch hoch im Preise steht, ist die Futterkartoffel wertvoll, und deshalb muß die Speisefarbstoffe von rechtswegen noch teurer bezahlt werden. Wenn das dann glücklich erreicht ist, verweist man darauf, daß man die Schweine mit der wertvollen Futterkartoffel füttern müsse, und fordert nun natürlicherweise höhere Schweinepreise. Sobald aber diese festgesetzt sind, kann das schöne und gewinnbringende Spiel von neuem beginnen. Und das Ganze nennt man im Bruchstucke der Ueberzeugung nationale Kriegswirtschaft, allein imstande, uns das Durchhalten zu ermöglichen.

Der „falsch informierte“ Hindenburg.

In unserer Mitteilung über die Versammlung des „Unabhängigen Ausschusses“ wurde bereits der besondere Vorgang erwähnt, daß eine sehr angeesehene Persönlichkeit dringend vor der U-Boots-Agitation warnte und sich auf eine Seite betraf, „die wohl Gehör verdient.“ Graf Kencilow aber habe die dadurch stark beeinflusste Versammlung bald wieder zur „Unentwegtheit“ zurückgeführt. Ueber diesen Vorgang wird uns aus Berlin folgende sehr bemerkenswerte Darstellung übermittelt:

Es handelte sich um einen sehr dramatischen Vorgang. Aus der Reihe der Redner, die sich sonst allesamt für den verstärkten U-Bootskrieg aussprachen, sprach eine Persönlichkeit hervor, die aufs eindringlichste vor der Fortsetzung der Agitation warnte. Dagegen gab es natürlich heftigen Widerspruch, den der Redner zu befechtigen suchte, indem er versicherte, er sei nicht auf eigenen Wunsch hier und spreche auch nicht bloß in seinem Namen. Als man in ihn sprach, er solle die Autorität, die hinter ihm stehe, nennen, rief er endlich damit heraus, daß er auf Hindenburgs Veranlassung erschienen sei.

Es gab verstörte Gesichter und betretenes Schweigen. Dann aber erhob sich der lange Graf Kencilow und erklärte: Wenn Hindenburg vor der Agitation für den verstärkten U-Bootskrieg warnte, so komme das nur daher, daß Hindenburg von Reichmann falsch informiert worden sei. Eben darum müsse man Reichmann befeitigen: denn wenn Reichmann befeitigt sei, würde Hindenburg gut informiert sein und dann usw.

Mit diesem „Ceterum censeo“ ging die Versammlung auseinander. — Das Treiben der Kencilow-Leute ist kaum noch anders als eine pathologische Erscheinung der Kriegsnervosität zu bezeichnen!

Ein „Vertrauensbruch“.

Die konervative Presse ist sehr entzückt darüber, daß über die Tagung des „Unabhängigen Ausschusses“, die im Plenarsaal des preussischen Landtags stattgefunden hat, etwas in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Einer der Hauptredner, der Landtagsabgeordnete Jährmann, versendet an die Berliner Presse einen Brief, in dem folgende Kraststellen sich befinden:

Keine Organisation ist dagegen geschaffen, daß sich irgendein kühnliches Subjekt unter Verleugnung seiner wahren Gesinnung in den Kreis ihrer Vertrauensmänner einschleicht. Es hat bisher aber als journalistische Pflicht jedes anständigen Organes gegolten, keine Informationen aus reinen Quellen zu schöpfen, als es die Mitteilungen solcher moralisch minderwertigen Persönlichkeit darzustellen.

Bemerkenswert ist es, daß Herr Jährmann die Richtigkeit der veröffentlichten Berichte mit keinem Wort zu bestritten wagt, so insbesondere nicht den Vorschlag des Königsberger Oberbürgermeisters, zum Zwecke der Lösung der Behörden Versammlungen mit möglichst harmlosen Rednern und ebenso harmlosen Themen einzuberufen.

Das „Berliner Tageblatt“, gegen welches sich der Vorwurf insbesondere richtet, teilt mit, daß ihm der Bericht von verlässlichen Seiten zugegangen ist und betont, dem Unabhängigen Ausschuss und auch denen, die sich zu ihm bekennen, diese es höchst an, sich moralisch zu enthalten. Sind es nicht gerade diese Kreise gewesen, die, laut mit offenem Bilde zu kämpfen, mit annehmen Briefen, Drohschriften usw. gearbeitet haben?

Das Vertrauen zur Kriegswirtschaftsleitung

Wichtig der Kriegsausgang für Konsumverhältnisse durch eine ungehinderte Versorgung von geeigneten Vertrauensmännern der an landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsgewinnenden unternehmerten Bevölkerung getücht zu setzen. Er hat darum an den Reichstagsler eine Eingabe gerichtet, in der gefordert wird, daß Vertreter der Verbraucherverbände auf Grund einer geeigneten Anweisung in alle Reichsteile berufen werden, in denen jetzt Konsumverhältnisse nicht gut sind, und ferner in sämtliche Kriegswirtschaftlichen (Kriegsgeheimnisse, Kriegsangelegenheiten, Kriegsbedarf usw.), in denen heute die Interessen der Bevölkerung ganz unter sich sind. Das Grundes einerseits besteht, und weil die organisierten Verbraucher zu den stärksten grundlegenden Säulen der von Reichstagsler, Kriegsernährungsamt usw. mit Recht verfolgten Politik der wirtschaftlichen Bewirtschaftung gehören, im Gegensatz zu einer durch Interessenwillen, hohe Preise und ungeordnete Verteilung ausgeprägten Politik der reinen Verteilung, kann die Erfüllung obigen Wunsches verlangt werden.

Verpflichtetes Regierungsgeld.

Die die „N.N. Ztg.“ mitteilt, dürfte in weiteren Verläufe des bevorstehenden Tagungsabschlusses des preussischen Landtags auch die Forderung des Entwertens eines Regierungsgeldes vorkommen. — (Schluß?)

Die liberale Einigkeit in Gefahr!

Die Fortschrittler in Stettin haben für die kommenden Reichstagswahlen den Justizrat Lippmann (Berlin) aufgestellt. Mit diesem Vorgehen sind nun die Nationalliberalen ganz und gar nicht einverstanden, denn zwischen der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei bestehen ganz bestimmte Abmachungen, nach denen sich die beiden Parteien vor der Aufstellung von Reichstagskandidaturen über die Belegung der einzelnen Wahlkreise verständigen. Die Nationalliberale Partei, die nach der ganzen Sachlage von allen bürgerlichen Parteien die besten Aussichten in Stettin haben dürfte, denkt aber nicht daran, auf eine eigene Kandidatur bei den Reichstagswahlen zu verzichten. — Borerer ist das Mandat noch im Besitz der Sozialdemokratie und wird es hoffentlich auch bleiben.

Aus der Partei.

Vom „Vorwärts“. Am 8. Oktober war vom Oberkommando der Marken das Weitererscheinen des „Vorwärts“ verboten worden. Nunmehr ist gestern das Verbot wieder erloschen. An der Spitze desselben finden wir folgenden, an die Leser gerichteten Aufruf des Parteivorstandes:

Durch Verfügung vom 8. Oktober 1916 hatte das Oberkommando in den Marken das Erscheinen des „Vorwärts“ bis auf weiteres verboten. Das Verbot war damit begründet, daß die Ausführungen der Redaktion in dem Artikel „Aus der Hergänge der Kanzlerfrage“ in Nr. 277 des „Vorwärts“ vom 8. Oktober 1916 einen schweren Vorstoß gegen den Burgfrieden darstellten.

Als der Verlag des „Vorwärts“ um Aufhebung des Verbots nachsuchte, stellte das Oberkommando die Forderung, daß eine Aenderung im Personal der Redaktion des „Vorwärts“ eintrete, welche für die Zukunft die nötigen Garantien böte. Es wurde dabei erklärt, daß das Oberkommando jetzt nichts anderes verlange, als die strenge Einhaltung der ihm am 30. September 1914 gegebenen Zusicherungen. Dem entgegen seien immer wieder Verstöße vorgekommen und Verwarnungen erfolgt. Die Redaktion des „Vorwärts“ biete nicht die Garantie, daß in Zukunft die früher gegebenen Zusicherungen innegehalten würden. Das Oberkommando verlange deshalb eine Person, welche mit Vollmachten ausgestattet sein müsse, die auch die notwendigen Garantien böten.

Der Parteivorstand hat über diese Forderung des Oberkommandos mit der Preßkommission verhandelt, ohne dabei dem Ziele, ein Wiedererscheinen des „Vorwärts“ zu ermöglichen, näher zu kommen.

Nachdem festgestellt war, daß der Vorschlag, den Redakteur Genossen Däumig von der Redaktionsarbeit freizustellen und zum Zensur zu machen, dem Oberkommando nicht genügte, beantragte der Parteivorstand bei der Preßkommission, zu beschließen:

„Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion des „Vorwärts“ ein und erhält die Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden.“

Die Preßkommission lehnte diesen Vorschlag ab und nahm einen Antrag an, nach dem ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion eintreten und die Vollmacht erhalten sollte, die Beobachtung der Zensurvorschriften zu überwachen und zu erzwingen. Dieser Vorschlag war unannehmbar, da einem Mitgliede des Parteivorstandes nicht zugemutet werden kann, für ein Blatt die Verantwortung zu tragen, auf dessen Haltung er und der Parteivorstand keinen Einfluß haben und das in den Lebensfragen der Partei gegen seine Ueberzeugung redigiert würde.

Wiederholt hat der Parteivorstand bei den Verhandlungen mit der Preßkommission erklärt, daß es sich dabei nur um die von ihm stets vertretene Auffassung handle, wonach im „Vorwärts“, als dem Zentralorgan der Partei, auch die Auffassung der Parteimehrheit zur Geltung kommen muß und nicht nur die der Minderheit.

Der Parteivorstand kam auf Grund der mehrfachen Verhandlungen mit Zentralkommando und Preßkommission zu der Ueberzeugung, daß es unmöglich sei, mit diesen Körperschaften zu einer Verständigung über Maßnahmen zu gelangen, die die Aufhebung des „Vorwärts“-Verbotes ermöglichen.

Der Parteivorstand glaubte aber nicht länger auf das Wiedererscheinen des „Vorwärts“ verzichten zu können, wenn der Partei nicht großer politischer und wirtschaftlicher Schaden entstehen sollte, was der Parteivorstand nicht verantworten konnte.

Deshalb sah er sich gezwungen, dem Oberkommando zur Kenntnis zu bringen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion des „Vorwärts“ eintreten soll, mit der Vollmacht, über den Inhalt des „Vorwärts“ zu entscheiden.

Das Oberkommando hat darauf durch Verfügung vom 17. Oktober 1916 das gegen den „Vorwärts“ ergangene Verbot aufgehoben.

Wir glauben, diese kurze Sachdarstellung den Lesern des „Vorwärts“ unterbreiten zu müssen. Wir eruchen die Leser des „Vorwärts“, dem Blatte in dieser ernsten und schweren Zeit auch ferner die Treue zu bewahren. Der „Vorwärts“ wird nach besten Kräften weiter für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten und jederzeit die Vorgänge des öffentlichen Lebens und Weltgeschehens unter dem Gesichtspunkte der sozialistischen Weltanschauung behandeln.

Berlin, den 17. Oktober 1916.

Der Parteivorstand.

Hausjungen. Bei dem Jugendleiter Genossen Jiel in Kemnade wurden drei ergebnislose Hausjungen vorgenommen. Warum diese Nähe angewandt wurde, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Gegen die Aufbesserung der Arbeiterlöhne! Dem Bestreben der Arbeiter, vermittelst ihrer Organisationen durch Lohnerhöhungen einen teilweisen Ausgleich für die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung zu erlangen, wird in manchen Kreisen der Unternehmerräte herabwürdiger Widerstand entgegengesetzt. Tonangebend sind in dieser Beziehung gewisse Unternehmerverbände, die ihre Mitglieder durch vertrauliche Zirkulare zur entsprechenden Zurückweisung jeder Forderung der Arbeiter auf Lohnerhöhungen auffordern. Das geht aus einem gedruckten Aufschreiben des Bezirks-Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im Königreiche Sachsen, Sitz Dresden, hervor, von dem wir durch Juppel Kenntnis erhielten. In dem Schreiben werden die geehrten Mitglieder der Ortsverbände zunächst von dem frevelhaftesten Bestreben der Arbeiter unterrichtet, Lohnerhöhungen mit der Begründung zu fordern, bei anderen Firmen würden bereits höhere Löhne gezahlt, oder es würden beträchtliche Jahrgelder bewilligt, oder nach Stunden gezahlt, als wirklich gearbeitet werden. Diese Angaben sollen in den meisten Fällen erfunden sein. Zugleich lege das Bescheide der Arbeiter von einem Arbeitsplatz nach dem anderen wieder ein. Deshalb werden die Verbandsmitglieder gebeten, solchen Erzählungen nicht den geringsten Wert beizulegen, wenn nicht bestimmte Angaben über die Firmen und Arbeitsstellen, wo gegen die Löhne verstoßen wird (!), mitgeteilt werden können. Es hat durchs den Anblick, als wenn wir hauptsächlich der Arbeiterverhältnisse wieder einer sehr kritischen Zeit entgegengehen. In den letzten Wochen haben Einberufungen harte Kampfes herbeigeführt, und es sind damit erreicht worden, daß nach weitere Einberufungen in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder erfolgen werden. Der Lohn jetzt sehr erhebliche Mangel an Arbeitskräften wird sich noch steigern. Mit diesen Verhältnissen, die nach zweijähriger Kriegsdauer unabweisbar sind, muß sich jeder Arbeiter geber abfinden, wenn er sich nicht den größten Schwereigkeiten aussetzen will. Wir bitten deshalb an alle Verbandsmitglieder die dringende Mahnung, unter keinen Umständen seine Forderung

stellungstermine bei neuen Aufträgen einzuhalten. Jeder Unternehmer muß sich die Freiheit bewahren, unter Umständen, wenn es gar nicht anders geht, den Bau eine Zeit lang stilllegen lassen zu können. Das ist das sicherste Mittel gegen diejenigen Arbeitnehmer, die sich die Notlage zunutze machen, die sich um die Tarifverträge und die Anordnungen ihrer eigenen Organisation nicht mehr kümmern, sondern herauszuschlagen versuchen, was nur zu erlangen ist. Wissen solche Leute erst, daß der Arbeitgeber in der Zwangslage ist und es wegen Konventionalstrafen und fester Termine nicht darauf ankommen lassen kann, alle, die gegen die Tarifverträge verstoßen, sofort zu entlassen, dann ist er auf Gnade und Ungnade den Leuten ausgeliefert. Wir müssen immer bedenken, daß letzten Endes die Arbeiter-Organisationen, denen der gute Wille, ihre Vertragspflichten zu erfüllen, nicht abgeprochen werden soll, in solchen Fällen kaum eine wirkliche Hilfe leisten können. Alles kommt auf die Ueberstandsfähigkeit und den festen Willen der Arbeitgeber an, jede Forderung auf Lohnerhöhungen zurückzuweisen. Das muß durchgesetzt werden, wenn nicht umhaltbare Zustände auf dem Arbeitsmarkte entstehen sollen. Zustände, die jede Kalkulation über den Haufen werfen, welche die jahrelange, mühselige Tarifarbeit der Verbände zerstören und allen Unternehmungen den schwersten Schaden bereiten werden. In so erster Zeit muß die Solidarität erstes Gebot sein, und es muß sich jeder seiner Verantwortung für das ganze Gewerbe bewußt sein. Wie immer, so ist der heimliche Vorstoß gegen die Verbandsbeschlüsse, das Hintertreiben, das abschlimmte und verwerfliche; denn daraus spricht trasser Eigennutz, der sich nach außen das Mäntelchen der Korrektheit umhängt. Dann ist eine mannhafte offene Erklärung bei weitem vorzuziehen, die den Verband wenigstens in die Lage versetzt, sich ein zutreffendes Urteil über die Arbeitsverhältnisse zu verschaffen, die Konsequenzen aus diesem Urteil zu ziehen und auf irgendwelche Art Abhilfe zu schaffen. — Dieses Rundschreiben ist deutlich genug. Es treibt die Arbeiter von selbst zur Einigkeit und Solidarität an.

Genossenschaftsbewegung.

Die Beseitigung der Sonderrabatte. Im Kleinhandel hefteht die Ansicht, daß die Händler mit bestimmten Vereinen Verträge abschließen, wonach sie sich verpflichten, den Mitgliedern dieser Vereine einen besonderen Rabatt zu gewähren, der zwischen 5 bis 25 % beträgt. Diese Bevorzugung des einen Käufers gegenüber dem anderen wurde schon längst als ein Unrecht empfunden, doch wagten die Händler aus Konkurrenzgründen nicht, diese Einrichtung abzuschaffen. Jetzt wird in der Presse und in den Versammlungen der Kleinhändler ein behördliches Verbot der Sonderrabatte gefordert. Auch das Oberkommando in den Marken hat bereits die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft um ein Gutachten in dieser Frage ersucht. Die Vereine, die durch die Rabattgewährung Sonderrechte haben, sind mit der Aufhebung keineswegs einverstanden. So tritt z. B. der Vorsitzende des Berliner Lehrervereins als Verteidiger der Sonderrabatte auf. Der Verein hat für seine ihm angeschlossenen 52 Verbände mit zusammen 40 000 Mitgliedern mit 500 Firmen Verträge auf Rabattgewährung von 3 1/2 bis 10 % abgeschlossen. Die auf diese Weise erreichten Summen haben im vergangenen Jahre 272 000 Mark, im Friedenszeiten sogar bis 400 000 Mark betragen; sie sind, da von den Geschäftsinhabern den einzelnen Mitgliedern nur gutgeschrieben, am Ende des Jahres durch den Verein zur Verteilung gekommen. Die soziale Vereinstätigkeit hat sich zum großen Teil aus den Erträgen dieser Rabatte auf. Der Berliner Lehrerverein behauptet, daß ihm durch deren Abschaffung 20 000 Mark verloren gingen. Wehnlich verhält es sich auch mit zahlreichen anderen Vereinen, die vielfach durch die Sonderrabatte ihre Verwaltungskosten und die sozialen Ausgaben decken. Darum haben diese Vereine an der Beibehaltung der Sonderrabatte ein lebhaftes Interesse. Das System bedeutet eine Bevorzugung des einen Käufers auf Kosten des anderen, weshalb es als ungerecht und unbillig zu bezeichnen ist. Die Kaufleute haben diese Abmachungen ursprünglich gerne getroffen, boten sie ihnen doch die Gewähr eines umfangreichen, zahlungsfähigen und vor allem sicheren Abnehmerkreises. Denn die Vereine benutzten die ihren Angehörigen vertraglich zustehenden Rabatte als wirksames Mittel zur Mitgliederwerbung. Die Zahl der rabattgebenden Vereine und ihrer Mitglieder ist mit der Zeit ins Uferlose gewachsen; die Rabattkunden übertreffen in vielen Geschäften an Zahl schon bei weitem die übrigen Abnehmer, und durch den immer größer werdenden Umfang der Rabattgewährung mußte schließlich die gesamte Preisbestimmung über den Haufen geworfen werden. Die Folge war natürlich vielfach eine allgemein höhere Bemessung der Verkaufspreise, mit anderen Worten: die Geschäfte schlugen zunächst die 10 % auf die Verkaufspreise auf, um sie sich dann von den Käufern, die dazu berechtigt waren, wieder abzuziehen zu lassen. Es liegt auf der Hand, daß damit gegen die Käufer, die keinen Rabatt zu beanspruchen hatten, ein doppeltes Unrecht verübt wurde; sie wurden dafür, daß sie den vollen Preis zahlten, nicht mit 10 %, sondern mit 20 % Ausschlag bestraft. Insofern haben auch die in den Konsumvereinen organisierten Käufer ein lebhaftes Interesse an der Beseitigung der Sonderrabatte, als sie häufig gezwungen sind, nach in privaten Geschäften zu kaufen. Dadurch gehören auch sie zu den Käufern, die in den höheren Preisen, die sie zahlen, die Sonderrabatte der anderen mitbezahlen müssen.

Aus Nah und Fern.

Kartoffelwucher. Der Regierungspräsident in Allenstein hat sich gezwungen gesehen, einen recht energischen Erlass herauszugeben, um eine Verschleppung in der Kartoffelzucht herbeizuführen. Nachdem er auf die drohende Gefahr eines Kartoffelnotstandes hingewiesen, betont er, daß trotz der vorhandenen Schwierigkeiten bei Anspannung aller Kräfte größere Mengen Kartoffeln hätten abgeliefert werden können, als zur Ablieferung gelangt sind. Der Regierungspräsident droht schließlich mit Enteignung und warnt vor einer Ueberforderung der Höchstpreise, die auch darin zu finden sei, daß einige Besitzer sich für die Anfuhr der Kartoffeln bis zu 2 Mark pro Zentner hätten bezahlen lassen. — Die angelegte Drohung mit Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Preiswuchers wird hoffentlich Erfolg haben.

Unwetter in den schwedischen Gewässern. An den schwedischen Küsten wütet seit Tagen gefährliches Sturmwetter. Am Stockholm Stær garden sind zwei Dampfer gestrandet, der schwedische „Manna“ und der dänische „Lily“. Vor der schwierigen Wasserstraße bei Landsort ist der Sturm so stark, daß die Posten unmöglich mit ihren Booten hinauskommen können. Der gefamte von Süden kommende Verkehr ist sehr stark erschwert, weil die Einfahrt in den Stær garden fast unmöglich ist. Das große Motorschiff „Kobur“, welches mit einer Ladung Zement nach Göteborg nach Stærholm unterwegs war, wurde vom Sturm nach Gotland verschlagen. Die Radiostation der Göteborger Neuen Werft wurde vom Wetter schwer beschädigt. Die Windstärke wurde in verschiedenen Gegenden mit 21 Meter in der Sekunde gemessen.

Berlustlisten.

Gefallenen sind:
Preussische Verlustliste Nr. 662.
Sächsische Verlustliste Nr. 308.
Sächsisch-Preussische Verlustliste Nr. 343.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden mochtenags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gamtlich in Dresden.